

Angelo Bolaffi / Otto Kallscheuer
Die Grünen: Farbenlehre eines politischen Paradoxes.
*Zwischen neuen Bewegungen und Veränderung der Politik**

Einleitendes zur Fragestellung

Die grüne *Bewegung* ist in der Bundesrepublik bereits zu einem *stabilen* Faktor des politischen Systems geworden: also zu einer Art Paradox. Sie hat in ein als 'hyperstabil' geltendes Parteiensystem einen beständigen Faktor der Unruhe und der Destabilisierung politischer Gleichgewichte eingeführt. Hat sie damit einen Wunsch konkret werden lassen, den die 'neue Linke' in der BRD seit ihrem Bestehen ebenso intensiv wie erfolglos hegte? Oder ist sie in einer Bundesrepublik, die von einigen schon als auf dem Weg zur 'Unregierbarkeit' angesehen wird, ein parteipolitischer Rettungsanker: möglicher Kandidat für »die Funktion spätkapitalistischen Krisenmanagements« (Tarozzi 1982, S. 140) und damit, wie der SPIEGEL titelte, ein »Regierungspartner von morgen«? (Mettke 1982). Die Grünen selbst verwahren sich gegen solche Unterstellungen. Petra Karin Kelly, Mitglied des ersten grünen Bundesvorstandes und vielleicht bekannteste charismatische Politikerin der Grünen: »Wir sind die Antipartei-Partei.« (in: Mettke 1982, S. 31)

Dieser grüne Unwille, sich mit der Rolle einer Partei zu identifizieren, hat systematische politische Gründe. Denn bereits die Frage der Konstituierung einer neuen Partei aus dem Spektrum neuer Protestbewegungen war und ist Gegenstand von Kontroversen, die mit dieser Natur dieser Bewegungen selbst zusammenhängen. In der Arbeiterbewegung war die Konstituierung eines sozialen Subjekts zur Partei spätestens seit Marx unstrittig (s. Przeworski 1980, S. 36). Im Falle der grünen Bewegung wird diese Kontroverse über die Existenzberechtigung der grünen Partei - die von Positionen der Ablehnung über solche der Hoffnung auf eine »Partei neuen Typs« bis zur Hypothese einer neuen linkssozialistischen Kraft geht - von vornherein kompliziert dadurch, daß die Bildung der Grünen als Partei überhaupt nur *zum Zwecke* der Parlamentsbeteiligung eingeleitet wurde, so daß der ganze alte 'Parlamentarismusstreit' auch in der theoretischen Diskussion wieder hochkam.

Wolf Dieter Narr (1982) etwa kritisiert an der Parlamentarisierung der Grünen, daß sie »Bewegungsenergie absorbieren, die dem herrschenden Politikverständnis widerstrebenden Bürgerinitiativen ungewollt schwächen und also eher integrativ wirken« (S. 266). Das Parlament erscheint also als »Bewußtseins- und Verhaltensfalle« (S. 270) für Protestbewegungen.

* Der folgende Artikel, der auch in »il mulino« erscheint, wurde von uns *vor* der Bundestagswahl fertiggestellt und danach - bis auf kleinere Korrekturen - nicht mehr aktualisiert. Da er zur Information einer italienischen Leserschaft bestimmt ist, hat er vornehmlich *einleitenden, empirisch* darstellenden und *idealtypisch* rekonstruierenden Charakter, mag als solcher aber auch für die bundesdeutsche Diskussion nützlich sein.

Wir möchten diesen Artikel dem Gedächtnis von Lucio Lombardo-Radice widmen, der im November 1982 in Brüssel verstorben ist, wo er sich zu einer Koordinations Sitzung der europäischen Friedensbewegung aufhielt. Lucio Lombardo-Radice, Wissenschaftler und Kommunist, war der erste, der das Augenmerk der italienischen Linken auf die westdeutsche 'grüne' Bewegung gelenkt hat. Siehe seinen Artikel *Verdi e rossi: Se a Bonn nasce un nuovo partito*, »L'Unità«, 17.2.1980. Für Kritik und Hinweise danken wir Karl Werner Brand (München).

Claus Offe hingegen hält die Herausbildung einer grünen Partei, allerdings einer solchen »neuen Typs«, unter bestimmten Voraussetzungen gar für wünschenswert. Anders als Ossip K. Flechtheim (1982, S.77), der sich darunter vor allem eine 'Partei der Zukunft', eine »global und futurologisch« denkende und handelnde öko-sozialistische Projekt-Partei vorstellt, versucht er eine funktionalistische Begründung:

Die »lokale und diskontinuierliche« Existenzform außerparlamentarischer Bewegungen, ihr jeweils nur »punktueller« Brennpunkt ermöglichen es ihnen strukturell nicht, die von ihnen thematisierten »allgemeinen«, »Gattungs- oder Lebensinteressen« politisch zu artikulieren. Darum »könnte die politische Form der Partei (...) dazu dienen, die thematisch, räumlich und sozial voneinander isolierten Konfliktfelder miteinander in Beziehung zu setzen und die ihnen *gemeinsame* Rationalität (...) herauszuschälen und ins Bewußtsein zu heben«. (Offe 1980, S.40f.).

Über diese Funktion der politischen *Aggregation* sozialer Konflikte würde eine solche »Partei neuen Typs«¹ weder eine Neuaufgabe der leninistischen Avantgarde sein noch eine 'luxemburgistische Partei, die nur die Spontaneität der Massen zum Ausdruck bringt. Sie übernehme vielmehr praktisch die Funktion einer »soziologischen Intervention« im Sinne Alain Touraines (1978, 1982), also die Aufgabe, soziale Bewegungen auf ihren Beitrag zu einer gemeinsamen Rationalität, »die einstweilen nur hypothetisch als die des Kampfes gegen die sozialen Folgen kapitalistischer Modernisierung, gegen die soziale Diktatur der Inhaber von 'Investitionshehoheit' bezeichnet werden kann« (Offe), zu befragen.²

Eine dritte Interpretation formuliert weniger Vorbehalte gegen die Konstituierung einer grünen oder alternativen Partei als solche, sondern sieht in ihr sogar die Chance zur Herausbildung einer neuen Linkspartei, die ihrer außerparlamentarischen Basis politische Kraft verleiht. (Collotti 1982, S.197) Für eine solche Position, in der es darum geht, die Parlamente gewissermaßen taktisch auszunutzen, um andere strategische Ziele zu erreichen, ist daher nicht die Form der *Partei*, sondern die *Parlamentarisierung* die systemimmanente Gefahr. Dieser Gefahr müsse die neue Parteiformation durch »Bewahrung der Spezifität des (von den Bewegungen) vorweggenommenen Politikmodells« entgegenwirken, vor allem durch das imperative Mandat, das die parlamentarischen Vertreter strikt an die Basis der Bewegungen anbindet. Hier tritt allerdings sogleich das Problem auf, wer denn nun die vielzitierte 'Basis' ist. Für Bodo Zeuner etwa sind dies (bezogen auf die Berliner AL) die Mitglieder der Partei und ihre nichtparlamentarischen Gremien:

»Wenn die Organisation AL es unterläßt, der Fraktion eine eigenständige, zur Kontrolle fähige, *rätedemokratisch*³ arbeitende Instanz gegenüberzustellen, die über die Grundlinien der AL-Politik entscheidet (...), wäre freilich Parlamentarisierung im schlechtesten Sinne« die Folge. »Um dem zu entgehen, sollte die AL *mehr Partei werden* (...). Dazu gehört, daß sich die AL selber als außerparlamentarische Kraft und nicht nur als 'Sprachrohr' der außerparlamentarischen Initiativen versteht.« (Zeuner 1982, S.114f.; Hervorhebung von uns).

Eine solche Partei könne dann auch in der Lage sein, eine eigenständige politische Kraft links von der SPD zu werden, »bestehende Spaltungen im Spektrum links von der SPD zu überwinden und in den Ländern und im Bund zu einer gemeinsamen organisatorischen Formation zu kommen« (Brand/Ascheberg 1982), die ökologische und soziale Forderungen in ein gemeinsames Konzept integrieren müßte (s. auch Colotti 1982, S.200). Das perspektivische Modell dieser grünen Linkspartei wäre allerdings das Gegenteil der in der Bundesrepublik tatsächlich eingetretenen Entwicklung, nämlich »eine bundesweite GAL« (Brandt/Ascheberg) nach Berliner oder Hamburger Vorbild.

Für die Grünen selbst scheint die Sache viel einfacher. Sie selbst sehen sich als »*Bewegungs-*

partei«, in der eine soziale Bewegung 'sich zur Partei gemacht' habe, so als ob sich Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung zur politischen Partei transformiert hätten, ohne dadurch ihren Charakter als Bewegung einzubüßen. Ein Bild, das vor allem von grünen Politikern selbst gerne dazu benutzt wird, um ihre radikale 'Andersheit' gegenüber den 'etablierten Parteien' herauszustreichen:

»Auf der Tagesordnung steht nicht der Minimalkonsens der anderen« - schrieb Bundesvorstandsmitglied Ernst Hoplitschek in der Diskussion über die Chancen einer 'rot-grünen' Mehrheit mit der SPD - »sondern der Konsens der neuen sozialen Bewegungen« (TAZ, 13.10.1982)

Nun sind die Grünen sicher in dem Sinne eine »Bewegungspartei«, daß sie das politische System der BRD »in Bewegung gebracht« haben. Ebenso transportieren sie Inhalte vor allem der Ökologiebewegung in den politischen Raum und ziehen - als Partei - einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen (Wählerschaft, Image, Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien) aus den Innovationen, die das Auftreten »neuer sozialer Bewegungen« (Brand 1982) in die politische Kultur der Bundesrepublik eingebracht hat. Als Partei sind sie aber nicht eine einfache Weiterentwicklung dieser Bewegungen, was schon daraus ersichtlich ist (und heute fast schon wieder in Vergessenheit zu geraten droht), daß die Frage der Beteiligung an den Parlamentswahlen in den Jahren 1977 - 1980 gerade innerhalb der Bürgerinitiativen und im weiteren Sinne der Ökologiebewegung heftig umstritten war. Umgekehrt haben sich die eher »links« als »grün« orientierten Versuche zu *Alternativen/Bunten/Widerstands*- etc. -Listen, die anders als die Mehrheit der Vertreter von Bürger- oder Umweltschutzinitiativen geradezu in die Parlamente drängten, im Konstituierungsprozeß der Grünen Partei und ihrer Etablierung zur möglichen »dritten Kraft« der westdeutschen Parteienlandschaft gerade nicht bundesweit durchsetzen können, obwohl genau die »Alternativen« ihre Beteiligung an den Parlamenten in bloßer Funktion der »Tribüne«, des »verlängerten Arms« von sozialen Protestbewegungen sehen wollten.

Das Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und Etablierung einer neuen Partei ist also um etliches komplizierter, *selbst für den Fall, daß man eine Identität der issues unterstellt*. Daß sich die Form der Aggregation, der Charakter der kollektiven Identität und die spezifischen 'internen' wie 'externen' Ressourcen (Tarrow 1982) von sozialen Bewegungen und politischen Parteien unterscheiden, könnte schon eine idealtypische Rekonstruktion zeigen.⁴ Da sich jedoch in der Bundesrepublik anhand der Herausbildung der Grünen in den letzten fünf Jahren diese Differenzen zwischen 'Sozialem' und 'Politischem', die Brücke bei der Transmission 'sozialer' Forderungen in 'politische' Parteiidentität, die Nicht-Koinzidenz der »opportunity-structures« (Tarrow) von Bewegungen und Partei empirisch verifizieren lassen, wählen wir, um uns dem politischen Profil der grünen Partei (III.) zu nähern, den 'induktiven' Weg. Anhand der Entstehung der Grünen als Bundespartei wollen wir zeigen, welche Rolle für ihren Konstitutionsprozeß die beiden wichtigsten neueren *sozialen* Bewegungen in der BRD, die Ökologiebewegung (I.) und die Alternativbewegung (II.) gespielt haben.

I. Von der Ökologiebewegung zur grünen Partei

Die inzwischen umfangreiche Literatur über den Zyklus der westdeutschen Anti-Kernkraft- und im weiteren Sinne Ökologiebewegung¹ erlaubt die Bilanz, daß die Beteiligung von grü-

nen oder Umweltschutzlisten und Parteien ab 1977 an lokalen und Landtagswahlen kein 'organisches' Produkt der Anti-KKW-Bewegung war, sondern *ein* Ausweg (neben anderen) aus ihrer Krise (a). In dieser *Vorgeschichte* der heutigen grünen Partei (1977 - 1980) spielen dementsprechend zwar Vertreter, Mitglieder, »Einzelpersönlichkeiten« aus dem Kreis lokaler und regionaler Bürgerinitiativen eine Rolle, die Initiative wird jedoch von Vertretern parteipolitischer Gruppierungen getragen, die kulturelle, ideologische und politische Differenzierungen und Spaltungen in die ökologische 'Wahlbewegung' hineinragen (b). Die 'Bereinigung' dieser Spaltungen zur Herausbildung einer einheitlichen 'grünen' Hypothese, die ebenfalls mit einer Linksverschiebung des grünen parteipolitischen Spektrums einhergeht, geschieht im wesentlichen über die Herausbildung eines 'grünen Dachverbandes' zur Europawahl 1979 (*Sonstige politische Vereinigung* »Die Grünen« im folgenden SPV) und die daraufhin erfolgende Konstituierung der grünen Partei zu den Bundestagswahlen 1980 (c).

(a) Nach Rucht (1980) und Kitschelt (1979, 1980 a,b) lassen sich in der Entwicklung der Ökologiebewegung *drei Phasen* feststellen, die sich nach Aktionsformen, dem Ausmaß an Koordination und sozio-politischer Zusammensetzung der kollektiven Akteure (d.h. der Träger 'der Bewegung') ebenso unterscheiden lassen wie nach der involvierten 'Arena' des politischen Konflikts. Lassen sich die beiden ersten Phasen als »sukzessive Erschütterungen verfestigter Machtarenen« der Kernenergiepolitik (Kitschelt 1979, S. 612) durch soziale Aktion verstehen, so kommt es nach 1977 mit der Krise der direkten Aktion nach der »Schlacht um Grohnde« zu einem faktischen Bruch zwischen einem primär anti-institutionellen Teil der Bewegung und den Bestrebungen zu einer Institutionalisierung. *Eine* dieser Bestrebungen sind die grünen Listen.

Die *erste Phase* der Ökologiebewegung (1970 - 1973/74) ist in ihren Aktionsformen durch relativ unkoordinierte *Bürgerinitiativen* (BIs) und Einzelaktionen gekennzeichnet, die weder von den Beteiligten noch von den etablierten politischen Entscheidungsträgern als gegen das gesamte politische System gerichtet verstanden wurden (eher als 'Frühwarnsystem' der Demokratie).

Auf den Kernenergiekonflikt bezogen, nennt Kitschelt als ihre Hauptträger die 'neuen Mittelschichten' mit 'post-akquisitiven' Wertmustern: »Es handelt sich vornehmlich um Gruppen ökonomisch relativ saturierter, sozial gesicherter, in städtischen Agglomerationen lebender Lohnarbeiter im Dienstleistungs/Verwaltungsapparat.« (1979, S. 613) Der Einsatz gegen die Gefahren der Atomenergie folgt hier aus einem Verständnis der Umwelt als '*kollektivem Gut*'; die vorwiegend noch von einer rein technisch-naturwissenschaftlichen Kritik getragene Mobilisierung bleibt daher weitgehend 'abstrakt', die Politikarena - mit BIs und Experten auf der einen, staatlichen Planungs- und Exekutivbehörden auf der anderen Seite - unvollständig und auch auf seiten der BIs von einer gewissen 'Staatsillusion' getragen; die Bewegung hat wenig sozialen Rückhalt und so gut wie keinen politischen Erfolg.

Die *zweite Phase* (zwischen 1974 und 1977) kann als die eigentliche Zeit der *Umweltbewegung* bezeichnet werden, die ihre Schwerpunkte in den Kämpfen gegen den Bau des Druckwasser-Reaktors in Wyl (Baden-Württemberg), des Druckwasser-Reaktors in Brokdorf (Unterelbe) sowie der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben (Niedersachsen) hat. Zum einen verändert sich die soziale Zusammensetzung des Anti-KKW-Protests:

»Die Landbevölkerung am Oberrhein und an der Unterelbe sah durch großtechnische Projekte wie Chemiekombinate, Kernkraftwerke und Aluminiumhütten und der damit einhergehenden Degradation der natürlichen Umwelt ihre Existenz als kleine, einfache Warenproduzenten bedroht.« (Kit-

scheit 1980 b, S. 100) Umweltbedingungen sind für diese ländliche Bevölkerung also zunächst einmal 'individuelles', d.h. ökonomisches Gut und erst in zweiter Hinsicht auch kollektives Gut.

In der Verteidigung dieser Güter kommt es zu einem rasch generalisierten sozialen Konflikt, in dem die betreffende *Region* zur entscheidenden Politik-Arena wird. Aber auch in kultureller Hinsicht und als Lebensraum wird die Region zur entscheidenden symbolischen Ressource für die *kollektive Identität* 'Ökologiebewegung', die Bauern, Gemeinderäte, naturwissenschaftliche Experten, Bürgerinitiativen und linke Aktionsgruppen für einige Jahre zusammenfassen kann. Dies hängt auch mit regionalen Besonderheiten zusammen (rasche Industrialisierung der betreffenden Regionen, kurzfristige Planungsentscheidungen und besondere Intransigenz der Länderregierungen, gemeindepolitische Konflikte etc.), auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann. Jedenfalls bilden die Regionen, auch die regionalen Zusammenschlüsse von BIs (BI Umweltschutz Untereibe; Bürgeraktion Küste; der schon 1972 gegründete, aber jetzt an Breite gewinnende *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz*, im folgenden BBU, als Koordinator regionaler Demonstrationen und Aktionen) und sonstige informelle 'regionale Netze' der Kommunikation das Terrain eines Kartells von Veto-Macht, das das Atomprogramm in dieser Phase faktisch blockieren kann und sich dazu einer vielfältigen Palette von Aktionsformen bedient: von Verwaltungsgerichtsklagen über Massendemonstrationen bis zur Bauplatzbesetzung. Die Stärke dieser Bewegungen liegt zunächst in der thematischen *Begrenzung* des Aktionsziels - als Negativkoalition zur Verhinderung des betreffenden Kernkraftwerks -, das im Verbreiterungs- und Lernprozeß der Bewegungen (nicht zuletzt 'unterstützt' durch die Intransigenz des staatlichen Widerparts) jedoch zunehmend *politisch generalisiert* wird: »Kein Kernkraftwerk in X und auch nicht anderswo!«, eine Generalisierung, die mit der Erfahrung des »Atomstaats« als politischem Gegner, dem Werte wie »Natur« oder »Leben« entgegengestellt werden, auch schon erste Züge einer *ideologischen Totalisierung* annimmt. Diese Entwicklung der Ökologiebewegung hat natürlich ihre Ursache in der Qualität des Streitobjekts selbst: Nicht nur sind Atomkraftwerke psychologisch emblematische Symbole für die destruktiven Qualitäten der eingeschlagenen Form der industriellen Entwicklung, aufgrund der gleichzeitig öffentlichen und privaten Natur der Investitionen und Standortfestlegungen wird jedes einzelne AKW zum Politikum. Dieser Charakter privater Investitionsentscheidungen, die nur auf Basis gesicherter politischer Planung durchführbar und profitabel sind, erklärt auch den politischen »Streitwert« anderer Großprojekte wie der »Startbahn West« in Hessen oder des geplanten Main-Donau-Kanals in Bayern.

Bei der Startbahn West läßt sich von 1979 bis 1982 in etwa der gleiche Zyklus beobachten (s. Martin 1982, Krum 1982), der schon bei der Anti-KKW-Bewegung in seiner letzten Phase zur Spaltung der Widerstandskoalition führt.

Die *dritte Phase* (in Whyll Anfang 1979, in Brokdorf Anfang 1977 und zuletzt auch in Hessen Anfang 1982) bedeutet den Zerfall der Bewegung, die - um den für die gesamte 'grüne Bewegung' wichtigsten Fall von Brokdorf/Grohnde hier zu nennen - durch die *Krise der direkten Aktion* eingeleitet wird, die gegen den massiven Einsatz von Polizeikräften ihren *gewaltlosen* und (nur) daher von allen Beteiligten der Widerstandskoalition getragenen Charakter nicht mehr behalten kann. Die »Schlacht um Grohnde« (vgl. Benedict 1977) führt zur zeitweiligen Lähmung und schließlich zur faktischen Spaltung der Ökologiebewegung in einen antiinstitutionalistischen sogenannten 'autonomen' (meist spontaneistischen oder 'linken') Zweig einerseits und die Versuche andererseits, dem Kernenergie-Protest

durch organisatorische Konsolidierung und institutionelle Einflußnahme Erfolg zu verleihen.

Die beiden wichtigsten Formen dieser Institutionalisierung sind:

- Zum einen die verstärkte Spezialisierung und Professionalisierung der Führungsgruppe des heute aus dem Zusammenschluß von etwa 1000 dezentralen Initiativen bestehenden BBU zu einer Art »ökologischer Lobby«, aber auch zu einem für politische Aktionen (wie neuerdings in der Friedensbewegung) unverzichtbaren Entscheidungsträger. Diese Entwicklung impliziert eine faktische »Oligarchisierung« (Rucht 1982, S. 15) der Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen des BBU, verhindert aber seine parteipolitische Festlegung (Leinen 1982).²
- Zum anderen die 'grüne' (und Teile der 'alternativen') sog. »Wahlbewegung«.

(b) Schon die Vergegenwärtigung des Zyklus der Ökologiebewegung läßt den Schluß zu, daß die These, »die Frage der Wahlbeteiligung sei von 'außen' an die Ökologiebewegung herangetragen« worden (Mez/Wolter 1980, S. 19), in dieser Allgemeinheit falsch ist. Die Frage lokaler Wahlbeteiligungen hatte zum einen schon vorher in lokalen Wählergemeinschaften etwa in Baden-Württemberg im Umkreis des projektierten AKW-Standorts oder dann auch in Schleswig-Holstein bei den Kommunalwahlen 1978 eine Rolle gespielt bei Teilen der in den Bürgerinitiativen engagierten Aktivisten. Zum anderen verdankten die ersten weitergehenden, Versuche zu Partei- oder Listengründungen in Niedersachsen, die *Umweltschutzpartei* Carl Beddermanns (gegründet aus dem Umkreis der BI Schwarmstedt), die in Hildesheim kandidierende *Grüne Liste Umweltschutz* (GLU) und die im Landkreis Hameln-Pyrmont (mit dem projektierten AKW-Standort Grohnde) zu den Kreistagswahlen kandidierende *Wählergemeinschaft Atomkraft - Nein Danke*, wie Lilian Klotsch und Richard Stöss schreiben³, »ihre Entstehung demselben Anlaß: der anläßlich der 'Schlacht um Grohnde' sichtbar gewordenen 'Krise' der Anti-AKW-Bewegung«. Die Konfrontation mit der Staatsgewalt hatte den informellen Konsens der Anti-KKW-Bewegung, ihren gewaltfreien, auf konkrete Aktionsziele bezogenen, ideologische Fragen ausklammernden und auf dezentraler Organisation fußenden Charakter (Kitschelt 1980 b, S. 102) gesprengt, so daß es nunmehr gerade die *Unterschiede* der ideologisch-politischen Ausrichtung innerhalb des Anti-KKW-Spektrums waren, die sich bei den verschiedenen Listenbildungen auswirken sollten:

»Der Entscheidung für ein parlamentarisches Engagement lagen jedoch - so Klotsch/Stöss, bezogen auf die drei erwähnten Listen - grundverschiedene Intentionen zugrunde: Während die einen dadurch den Beweis ihrer Seriosität, parlamentarischen Orientierung, Verfassungstreue und Gewaltfreiheit erbringen, sich vor allem von 'Radikalen' öffentlich abgrenzen, aber auch ihre Distanz zur Umweltbewegung und zu deren außerparlamentarischen Aktion insgesamt ausdrücken wollten, strebten andere ein sich wechselseitig ergänzendes Nebeneinander parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivitäten an, soweit letztere im Rahmen des Grundgesetzes blieben und auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit staatlichen Organen verzichteten. Die dritten schließlich zielten darauf ab, den Parlamentarismus für die Stärkung des außerparlamentarischen Kampfes zu nutzen bzw. zu instrumentalisieren und ihn insbesondere als ein Mittel gegen Versuche einer drohenden Kriminalisierung (von Teilen) der Anti-AKW-Bewegung ... einzusetzen, *ohne* sich von einzelnen außerparlamentarischen Widerstandsformen zu distanzieren.«

In etwa sind damit bereits die drei unterschiedlichen »Sensibilitäten« angesprochen, die sich - wenn man vom rechtsextremistischen Spektrum absieht, das zwar einzelne Personen in grüne Listen, allerdings so gut wie nie Mandatsträger, einschleusen kann, aber insgesamt beim Versuch, in der Ökologiebewegung eine neue Massenbasis zu gewinnen, völlig

scheitert⁴ - auch bei den folgenden »grünen« Listen- und Parteibildungsprozessen als 'rechte', 'mittlere' und 'linke' Strömungen innerhalb des ökologischen politischen Potentials herauskristallisieren und um ihren Einfluß auf die parteipolitische Formierung der Ökologiebewegung ringen.

Die damit neben oder auch anstelle der Aktionsformen von BIs tretende 'Logik' der Listengründungen, Aggregationen, Spaltungen und Kandidaturen ist in der Tat von völlig anderer Natur, so daß einer der wichtigsten BI-Praktiker und Theoretiker des BBU, Wolfgang Sternstein (1978, S.23f.) im nachhinein sehr deutlich recht behalten hat, wenn er 1978 schrieb: »Die Parteigründung wäre ein erster Schritt auf einem Weg, an dessen Ende wir uns nicht wiedererkennen würden.« Sternstein begründet seine Ablehnung des Parteibildungsprozesses⁵ mit dem unterschiedlichen Charakter von BIs, die langfristig auf den »Abbau von Macht und Herrschaft« zielten, und dem von Parteien, die »Organisationen zum Erwerb, zur Ausübung, zur Erhaltung und zur Vermehrung der politischen Macht« seien.

Uns kommt es hier jedoch nicht auf eine Bewertung, sondern auf die *Unterscheidung* der Machtressourcen von BIs und den grünen Listen an (denn: wenn BIs Erfolg haben, so ist auch dies Zeichen von Veto-Macht): Der 'externe' Erfolgswang grüner Listen ist bereits auf Landesebene in entscheidendem Maße durch die 5 %-Klausel geprägt, welche reale Macht auch immer sie (im Falle des Erfolges) in den Parlamenten dann tatsächlich ausüben können; die 'interne' Mobilisierungsfähigkeit ihrer Anhänger speist sich nicht alleine aus gemeinsamen konkreten Aktions- (bzw. Verhinderungs-) Zwecken, sondern auch aus der jeweiligen ideologisch-politischen 'Verortung' des Kampfes gegen die Atomenergie bzw. der Ökologiefrage in einer (und sei es noch so rudimentären) Gesamtsicht politischer und Interessenkonstellationen der Bundesrepublik. Beides gilt für BIs in der Regel nicht: Sie können unter Umständen auch als Minderheiten ihre Aktionsziele verwirklichen - allerdings im Falle des Atomprogramms oder anderer Großprojekte *nicht*, wie wir sahen - und sie benötigen in der Regel keinen ideologisch-politischen Konsens - was allerdings bei der »Gewaltfrage« zum Problem wurde.

Im Falle der grünen Listen und des Entstehungsprozesses der grünen Partei liegt es - im Rückblick - nahe, beide Fragen: die des Wahlerfolges und die der ideologisch-politischen Ausrichtung zu verbinden, also zu fragen, *welche* politische Orientierung ('rechts'- 'mitte'- 'links') unter den Bedingungen der bundesrepublikanischen politischen Landschaft der 70er/80er Jahre am ehestens auf die »opportunity-structure« (Tarrow) eines geeigneten sozial und kulturell empfänglichen Wählerpotentials traf, um mit der Thematisierung der ökologischen Frage gleichzeitig die 5%-Hürde überspringen zu können. Denn während in den letzten 5 Jahren die in ihrer politischen Orientierung unterschiedlichsten Versuche zur Gründung grüner Listen oder Parteien unternommen wurden, setzte sich doch nach der Europawahl 1979 und der Bundestagswahl 1980 *mehr oder weniger* einheitlich eine politisch-ideologische Identität der Grünen durch, die man vorläufig als 'mitte/links' klassifizieren könnte und die sich zunehmend nach 'links' öffnet.

Wir können hier die konkrete Geschichte der einzelnen Listen nicht nachzeichnen (und verweisen dafür auf die Darstellung von Klotsch/Stöss), wollen aber im *Schaubild A* ihr Ergebnis festhalten, das man -im darwinistischen Sinne - als »Ausleseprozeß« oder - im Popperschen Sinne - als »*trial and error*«-Verfahren zur Herausbildung der geeigneten »grünen« Parteiidentität für die bundesrepublikanische »opportunity-structure« ansehen kann. Die relevanten *Tests* sind dabei jeweils die Landtagswahlen, die trotz der weitgehenden Unterschiede in Sozialstruktur, politischer Kultur etc. der einzelnen Bundesländer einen erstaunlich einheitlichen Trend zeigen (mit den bekannten Ausnahmen Ham-

burgs und Westberlins, auf die wir in Teil II. zurückkommen). Hier seien zunächst nur die Kategorien 'rechts'-'mitte'-'links' im grünen Spektrum erläutert:

Der *rechte*, reaktionäre bis konservative Flügel der Grünen, für den etwa anfänglich die *Umweltschutzpartei* und die *Grüne Liste Umweltschutz* in Niedersachsen (GLU) (später auch Versuche zur bundesweiten Organisation) sowie die *Grüne Liste Schleswig Holstein* (GLSH) stehen, findet später in der *Grünen Aktion Zukunft* (GAZ) des ehemaligen CDU-Bundestags-Abgeordneten Herbert Gruhl ihr organisatorisches Zentrum, der schleswig-holsteinische »Öko-Bauer« Springmann und ihre Anhänger (die in einer Beschneidung der Konsum- und Demokratieansprüche eines pluralistisch-verfaßten Gemeinwesens den einzigen Ausweg aus der Wachstumsspirale der Industriegesellschaft erblicken) lehnen jeden Versuch ab, ökologische Themen mit solcher sozialreformerischer oder sozialistischer Gesellschaftsveränderung zusammenzubringen. Sie sehen daher mit Sorge die Annäherungen der Grünen an die »undogmatische Linke« und scheidet schließlich trotz verzweifelter Vermittlungsbemühungen des grünen Marxisten Bahro Anfang 1981 als *Ökologisch Demokratische Partei* (ÖDP) aus.

Der *'mittlere'* Flügel des grünen Spektrums, der sich aus den unterschiedlichsten Gruppierungen speist, thematisiert die ökologische Frage als Bestandteil einer umfassenden Gesellschafts- und Lebensreform, deren Ziel ein »Dritter Weg« zwischen (industriellem) Monopolkapitalismus einerseits und (industriellem) Staatskommunismus andererseits sein müsse, der sich auch in seinen institutionellen und politischen Formen von der rein parlamentarisch repräsentativen Demokratie ebenso unterscheiden soll wie von kommunistischen Parteidiktaturen. 'Basisdemokratie' wird hier als die einer 'natürlichen' oder 'gemeinschaftlichen' Ordnung angemessenen Organisationsform der Umweltschutzbewegung angesehen. Die Übergänge sowohl zu Traditionen einer 'volksgemeinschaftlich-nationalistischen' Neuen Rechten als auch zur 'ökosozialistischen' undogmatischen Linken sind ideologisch fließend.

Der Herkunft des einen Pols dieser ökologischen 'Mitte', der *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* (AUD) unter August Hausleitner⁶ aus dem volksgemeinschaftlichen »Neuen Nationalismus« der 50er Jahre und auch der ideologischen Kontinuität dieses populistischen »kleinbürgerlichen Sozialismus« hat Richard Stöss eine ausführliche Studie gewidmet (1980), auf die wir hier nur verweisen können. Wenn die AUD auch im Bemühen scheiterte, sich als »die Partei der Ökologiebewegung« zu profilieren, so hat ihr Aktivismus doch entscheidend dazu beigetragen, daß der 'Wille zur Partei' sich als Wille zur *Einheit* verschiedener ideologischer Strömungen innerhalb des grünen Spektrums *intern* in der Bereitschaft zur Kooperation mit linken Ökologen durchsetzte: Sie hat gewissermaßen den *externen* Druck der 5%-Hürde gerade deshalb in den grünen Aggregationsversuchen zum Ausdruck gebracht, weil für die AUD die Ökologiefrage eher Anlaß als Motiv war. Dies steht durchaus in der Kontinuität der »immer wiederkehrenden Bemühungen (der AUD in der Geschichte der BRD) um eine Instrumentalisierung von Legitimationsdefiziten für ihre politischen Zwecke« (Stöss 1980, S. 293).

Den zweiten Pol innerhalb dieses »Dritter-Weg«-Spektrums bilden der »Achberger Kreis« und andere Institutionen (wie die »Internationale Freie Universität«), die der lebensreformerischen anthroposophischen Bewegung entstammen⁷ und sich innerhalb der Grünen ebenfalls - wenngleich aus anderen Motiven als die AUD⁸ - für ein offenes Zusammenarbeiten mit der Linken eingesetzt haben. Ebenfalls zur 'Mitte' würden wir ideologisch weniger profilierte oder interessierte 'reine Umweltschützer' zählen.

Auf die verschiedenen Ausprägungen des '*linken*' Spektrums innerhalb der Grünen müssen wir noch wiederholt zurückkommen. Hier sei nur erläutert, daß wir im *Schaubild A* die

linken Positionen nach ihrer Nähe oder Ferne zu 'Industrialismus-' bzw. 'wachstumskritischen' Positionen aufgelistet haben, so daß eine klassenkämpferische gewerkschaftslinkle Position, die für Erhalt und Ausbau des Sozialstaats und Lohnerhöhungen eintritt, als 'ganz links' erscheint, während eine Position wie die Rudolf Bahros, die die 'Gattungsfrage' anstelle der Klassenfrage setzt, am ehesten Berührungspunkte zur ökologischen 'Mitte' aufweist. Mit dieser Klassifikation verbinden wir allerdings an dieser Stelle *keine* eigenen Werturteile über das, was *wir* als 'links' ansehen. Entsprechend erscheinen die politisch-ideologischen Orientierungen der bunt/alternativen Listen (als eine wechselnde Kombination von 'Bewegungslinken' und 'Klassenkampflinken') hier als linker Flügel der grünen Bewegungen, obwohl sie, wie wir in Teil II. noch sehen werden, durchaus eigene, nicht unbedingt 'grüne' Quellen haben.

Erläuterungen zu Schaubild A:

(1) Leseanweisung:

In der *Waagerechten* finden sich die unterschiedlichen ideologisch-politischen Orientierungen innerhalb des grünen Spektrums von 'rechts' bis 'links' aufgelistet, die 'Breite' der jeweiligen grünen Gruppierung oder Liste läßt sich danach nach der Reichweite ihrer Umrandung im Schaubild ablesen. Die Liste ist 'offen' für politische Mitarbeit oder Einflüsse nach der Seite, nach der die Umrandung offen gelassen ist. (So ist z.B. die GLSH im Spektrum der grünen 'Rechten' bis hin zur grünen 'Mitte' angesiedelt und offen für reaktionäre Einflüsse, während sie sich gegen links abschließt: in diesem Falle gab es sogar einen »Unvereinbarkeitsbeschluß«.)

Die Tabelle verzeichnet *von oben nach unten* alle grünen Kandidaturen zu Landtagswahlen (=LTW) sowie zu den Europa- und Bundestagswahlen der letzten fünf Jahre mit den prozentualen Ergebnissen an Wählerstimmen. (Wir haben dabei nur die LTW 1980 in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, in zwei industriellen Ländern mit der geringsten Verankerung der Grünen, ausgelassen: In NRW erhielten sie trotz zweier 'rechter' grüner Gegenkandidaturen 3,0% der Stimmen, im Saarland 2,9%).

Es soll hier gleich darauf hingewiesen werden, daß natürlich LTW-Ergebnisse nur *cum grano salis* im Sinne eines bundesweiten Trends verglichen und interpretiert werden können, da hier jeweils landespolitische Faktoren eine Rolle spielen; für eine u.E. unbestreitbare Gesamtentwicklung des grünen Spektrums von 'mitte-rechts' nach 'mitte-links' mag das Schaubild gleichwohl als Überblick anschaulicher sein als ein hier unsere Platzmöglichkeiten überschreitender historischer Überblick.

Zum »trial-and-error«-Verfahren:

Das Ziel - das Überspringen der 5%-Barriere - ist hier *extern* durch die bundesrepublikanische Verfassungsordnung gesetzt, und es ging darum, herauszufinden, welche *interne* 'ideologisch-politische' Identität dazu in der Lage war (oder, »darwinistisch«: welche im Parteiensystem der BRD »überlebensfähigen« Grünen durch die Wahlergebnisse verstärkende, d.h. ihren Zulauf vermehrende Impulse übermittelt bekamen, ein Ausleseverfahren, das durchaus »hinter dem Rücken« der Beteiligten stattfinden kann). »Erfolge«, d.h. Wahlergebnisse über 5%, sind durch schwarze Umrandung sichtbar gemacht. Als »ermutigende Teilerfolge«, die als Signal auf dem Wege zum Erfolg (u.U. miß-) interpretiert werden konnten, haben wir alle Wahlergebnisse *über 3%* durch dickes Unterstreichen der entsprechenden Prozentzahl hervorgehoben.

Als *Quelle* für die vorgenommenen 'rechts'-, 'links'-, 'mitte'-Unterteilungen können wir neben aktiver Zeitungslektüre derzeit nur auf die detaillierte Darstellung von Klotsch/Stöss verweisen. Eventuelle Interpretationsfehler gehen natürlich allein auf unser Konto.

(2) 'Undogmatisch' hier im Sinne von Rudi Dutschke oder Rudolf Bahro (was nicht notwendigerweise vor 'neuem Dogmatismus' in anderen Fragen bewahrt!)

LTW 1979
Baden-
Württemberg

(SPV) Die Grünen : 5,3 %

LTW 1979
Berlin

AL : 3,7 %

Bundestagswahl
1980

(Abbröckeln am rechten
Rand: GAZ, Grüne Föderation etc.)

(Bundespartei) Die Grünen : 1,5 %

(Beginn der Beteiligung von
ehemals "Bunten" etc.:
Hamburg usw.)

(Ö D P)

LTW 1981
Berlin

GBL : 0,3 %

AL : 7,2 %

LTW 1982
Niedersachsen

Die Grünen : 6,5 %

LTW 1982
Hamburg

GAL : 7,7 %

WENDE IN BONN (7)

LTW 1982
Hessen

Die Grünen : 8,0 %

(Die Initiative zu einer
hessischen "AL" scheitert
am Widerstand der
hessischen Grünen)

LTW 1982
Bayern

Die Grünen : 4,6 %

LTW 1982
Hamburg

GAL : 6,8 %

Bundestags-
wahlen 1983

Die Grünen : 5,6 %

- (3) z.B.: Frankfurter 'Sponti-scene', Berliner 'Alternativ-scene', s. Teil II.
- (4) etwa im Sinne linker innergewerkschaftlicher Positionen («Arbeitskreis Leben») oder der politischen Kultur ehemals marxistisch-leninistischer Zirkel («Kommunistischer Bund»)
- (5) Die Termini »post-materialistisch« und »hedonistisch« werden weiter unten im Teil III. noch kurz erläutert.
- (6) LTW in zeitlicher Abfolge. Die Prozentzahlen bei Europawahlen und Bundestagswahlen beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet. Nicht kandidierende Gruppierungsversuche oder Listen, die gleichwohl in der 'internen' grünen Identitätsfindung eine indirekte Rolle spielten, wurden in Klammern an die entsprechende Stelle der 'Links-Rechts-Skala' gesetzt. → bedeutet aktive Einflußnahme oder Anhängerzustrom.
- (7) Ende der sozial-liberalen Regierungskoalition.

(Abkürzungen:)

- GLU: *Grüne Liste Umweltschutz*
- AUD: *Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher*
- BLW: *Bunte Liste Wehrt Euch*
- GAZ: *Grüne Aktion Zukunft*
- GLH: *Grüne Liste Hessen*
- GLSH: *Grüne Liste Schleswig Holstein*
- SPV: *Sonstige politische Vereinigung »Die Grünen«* (=Grüner Dachverband, gebildet anlässlich der Kandidatur zur Europawahl)
- BGL: *Bremer Grüne Liste*
- AL-Bremen: *Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz - Bremen*
- AL: *Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (Berlin)*
- GBL: *Grüne Liste Berlin*
- GAL: *Grün-Alternative Liste (Hamburg)*
- ÖDP: *Ökologisch Demokratische Partei*

(Ergebnisse:)

- (a) Das »erfolgreiche« Spektrum grüner Parlamentskandidaturen verschiebt sich insgesamt von rechts nach links. Nach der Bundestagswahl 1980 kommt es nur noch im Berliner Fall zur Kandidatur einer konservativen gegen eine linke Liste, die zum vernichtenden Mißerfolg führt.
- (b) Wenn 'rechte' und 'linke' Grüne gegeneinander kandidieren, erhalten die linken Listen deutlich mehr Stimmen.
- (c) Anders ist es, wenn - wie im Fall Bremen - 'Mitte-(undogmatisch)Linke' und 'Alternativ-Linke' Grüne gegeneinander kandidieren: In diesem Fall hat das 'Mitte-Links' Spektrum mehr Erfolg.
- (d) Ähnlich hat die ablehnende Haltung der 'Linken/Bunten/Alternativen' gegenüber der Beteiligung an der Europawahl einen (Teil-)Erfolg der breiten 'Konservativ/Mitte/Undogmatisch Linken' Kandidatur im SPV-Dachverband nicht beeinträchtigen können.
- (e) Das schlechte Abschneiden der Grünen bei der Bundestagswahlen 1980 (Schmidt gegen Strauß) bestätigt indirekt die eher 'linke' Verortung der Grünen: Der größte Teil ihrer potentiellen Wähler wollte die Niederlage des sozialdemokratischen Kanzlers nicht in Kauf nehmen, was sich erst in den Jahren 1980 - 1982 durch die »Friedensbewegung« (zeitweilig?) ändern sollte.
- (f) Den absoluten Tiefpunkt der grünen Wahlbewegung bilden die Hessischen LTW, als es 1978 zur Kandidatur 'rechter' und 'linker' Grüner gegeneinander kommt. Verständlich wird diese aussichtslose Kandidatur *zweier* grüner Listen dadurch, daß sich bei den vorhergehenden LTW in Niedersachsen die 'Rechten', durch die Hamburger Bürgerschaftswahlen die 'Linksalternativen' durch Wahlergebnisse über 3% bestätigt sehen konnten.
- (g) Erst nach dem hessischen Fiasko kommt es zu Aggregations- und Föderationsversuchen, zuerst in Bayern (AUD/Grüne) und dann mit dem SPV-Dachverband, aus dem dann nach und nach die konservativen Grünen emarginiert werden, *ohne* daß es zu einer geringeren »Erfolgsquote« kommt: Dadurch werden 'linke' Öffnung und Hinausdrängen der 'Rechten' weiter - im Sinne 'positiver Rückkoppelung' - verstärkt.

(c) Die durch das Schaubild verdeutlichte Entwicklung zur grünen Partei zeigt mehrere Versuchsetappen im Sinne des »trial-and-error«-Verfahrens:

- (LTW 1978: Niedersachsen, Hamburg, Hessen)

Zunächst kommt es im Gefolge der politischen Krise der Ökologiebewegung, die aber durch ihren Massenprotest gleichwohl große Legitimationslücken im politischen System der BRD aufgezeigt hatte, zu einer Vielfalt von 'rechten' wie 'linken' Partei- und Listenansätzen, die gegeneinander um das vermutete grüne Wählerpotential konkurrieren. Da sich sowohl 'Linke' (Hamburg) als auch 'Rechte' (Niedersachsen) durch Ergebnisse über 3% bestätigt sehen, scheitern in Hessen die Einigungsbestrebungen innerhalb des grünen Spektrums. Das Ergebnis - beide Listen erhalten je etwa 1% der Stimmen - bedeutet »politisch ein ziemliches Fiasko« (Horacek 1982, S. 126).

- (LTW 1978: Bayern, Europawahlen 1979, LTW 1979: Bremen und Baden Württemberg)

Das Scheitern konkurrierender grüner Listen führt zu Bemühungen um die Einheit des grünen politischen Spektrums, aus denen sich jedoch (sowohl bei den Europawahlen als auch den Bremischen Bürgerschaftswahlen) ein Großteil der linken 'Alternativen' mißtrauisch heraushalten. Diese Einheitsbemühungen nehmen - nach der Kooperation AUD/Grünen in Bayern¹⁰ - zunächst die Form des *Dachverbands* »SPV Die Grünen« an, dem sich alle Gruppierungen innerhalb des grünen Spektrums anschließen: GLU, AUD, GAZ, GLSH, sowie der »Achberger Kreis« und sogenannte »Einzelpersönlichkeiten« aus dem Bereich der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegungen wie Roland Vogt und Petra Karin Kelly. Die Europa-Kandidatur wird mit 3,2% der Stimmen zu einem (Teil-)Erfolg, der jedoch durch den Einzug der Bremischen und Baden-Württembergischen Grünen etwa desselben politischen Spektrums in die Landtage noch erhärtet wird und damit vor allem den »Alternativen« klar macht, daß sie bundesweit außerhalb der grünen Partei keine politische Chance haben.¹¹

- (1980: Konstituierung der Bundespartei, Bundestagswahlen)

Bei der *organisatorischen*¹² und *programmatischen*¹³ Konstituierung der grünen Bundespartei kommt es daher zu Versuchen einer beidseitigen Integration sowohl der Rechten als auch der 'alternativen' Linken. Während organisatorisch eine Einbeziehung der 'Bunten/Alternativen' *en bloc* zwar nicht zustandekommt, so daß mit Ausnahme Hamburgs und Berlins Vertreter der Alternativen auf Landesebene oder individuell in die grüne Partei eintreten¹⁴, läßt sich das durch die vier grünen *essentials* »ökologisch«-»sozial«-»basisdemokratisch«-»gewaltfrei« charakterisierte programmatische Profil der Grünen allerdings als »Öffnung nach links« oder als »Mitte-Links-Kompromiß« (Klotsch/Stöss) verstehen. Die 'rechten' konservativen Kreise um Gruhl und Springmann dagegen sind zwar organisatorisch einbezogen, werden dagegen programmatisch zunehmend an den Rand gedrängt (in der Graphik im Schaubild A verdeutlicht dadurch, daß die Umrandungen der grünen Listen sich nunmehr nach 'links' öffnen). Trotz der - vor allem durch Bahro und Haufleitner - verkörperten Versuche, die Einheit der grünen Bewegung auch nach rechts zu stabilisieren, trotz einer Abschwächung zu 'radikaler' Formulierungen des Bundesprogramms in der Wahlplattform der Grünen findet die programmatische Emargination der 'rechten Grünen' schließlich auch ihre Konsequenz in ihrer organisatorischen Abspaltung¹⁵.

- (LTW 1981 ff.)

Das Ausscheiden der rechten ÖDP führt jedoch *nicht* zu einer Verringerung der grünen

Chancen, die 5%-Hürde zu überspringen, im Gegenteil: Die durch das schlechte Abschneiden der Grünen bei der Bundestagswahl im Sinne des »Anti-Strauß-Effekts« *negativ* bestätigte 'linke' Verortung des Großteils der grünen Wähler wird durch die LTW des Jahres 1982 *positiv* bestätigt. In diese Zeit fällt auch der gewaltige Aufschwung der »neuen Friedensbewegung«, als deren politischer Ausdruck sich die Grünen unter der Kanzlerschaft Schmidt im Bewußtsein eines Teils der Jungwähler profilieren können.

- (Ende 1982 nach dem Ende der sozialliberalen Koalition: Grüne Stammwählerschaft?) Die Rückkehr der SPD in die Opposition hat trotz des »Re-Polarisierungs-Effekts« der Wahlkämpfe in den drei LTW Ende 1982 (Hessen, Bayern, Hamburg) eine erstaunliche Stabilität der grünen Wählerschaft gezeigt. Der entscheidende Test - die 5%-Hürde bei den Bundestagswahlen - ist (inzwischen) erfolgreich bestanden!!!

II. Alternative Bewegungen und 'bunt/alternative Listen'. Der Sonderfall Westberlin

Es ist vermutlich dem informellen und nicht-institutionellen Charakter des *Entstehungszustandes* kollektiver Bewegungen (Alberoni 1977) zuzuschreiben, daß die internen Differenzierungen und Strukturierungen im »Mosaik« (Barbi) der Oppositionsformen des bundesrepublikanischen Protests nicht immer bemerkt werden - eine optische Täuschung, die im übrigen durch die jeder Bewegung eigenen Ideologie, »alle Menschen guten Willens« zu umfassen, noch verstärkt wird (s. Rammstedt 1978, S. 154 ff.). Demgegenüber scheint es uns deshalb wichtig - wenn man so will, als »Säuberung« der analytischen Instrumente - von vornherein deutlich den *Unterschied* zwischen der 'Alternativbewegung' einerseits und der 'grünen', vor allem Ökologiebewegung andererseits festzuhalten, ohne damit die vielfältigen Verbindungen und partiellen weltanschaulichen Gemeinsamkeiten zwischen den 'Bewegten' beider »sozialen Brennpunkte« (Brand 1982, S. 181) leugnen zu wollen. In diesem Kapitel versuchen wir daher zunächst eine knappe Bestandsaufnahme der 'Alternativbewegung' (a), an die sich die Diskussion der gesellschaftstheoretischen und politischen Konsequenzen dieser Diagnose anschließt (b). Daraus ergibt sich auch *ein* wichtiges Erklärungsmoment für den politischen Gegensatz zwischen den 'bunten' oder 'alternativen' Listen und der Perspektive der grünen Partei (c).

(a) Die Alternativbewegung (Huber 1980) oder das 'alternative Milieu' (Brand 1982, S. 181) sind in der Bundesrepublik eher Sammelnamen für eine Vielfalt sozialer Bewegungen, subkultureller *scenes* und konkreter Lösungsversuche (sogenannte 'Alternativprojekte') zur Vereinbarung von Lebenswelt und Arbeitswelt in selbstverwalteten Unternehmen. All dies nährt sich *ideologisch* noch aus den Resten der »außerparlamentarischen Opposition« der 60er Jahre, untermischt mit neuen Utopien oder besser »Ökotoptien« (Callenbach 1978), *ökonomisch* ist es ohne vielfältige Subventionen nicht lebensfähig' und *politisch* auf die Schutz- und Vermittlungsarbeit der »intermediären Szene«² gegenüber den etablierten Institutionen und der offiziellen politischen Kultur angewiesen. In sich aber ist das alternative Milieu sowohl nach sozialer Zusammensetzung und politischer Zielsetzung ebenso heterogen wie nach den unterschiedlichen *issues*: Vom Häuserkampf über das 'Netzwerk' von Alternativprojekten³ zu neuen (subkulturellen und/oder militanten) Formen des Jugendprotests bis hin zu Friedensgruppen von Frauen, Priestern oder Sozialarbeitern: Der gemeinsame Nenner all dieser 'alternativen' Gruppen oder Bewegungen ist zunächst ein-

mal ein negativer: daß sie im »politischen Markt« der etablierten Interessengruppen oder Parteien nicht vertreten sind und es größtenteils auch nicht sein wollen. Ihre Stoßkraft

»zielt nicht direkt auf die politische Ebene: vielmehr geht es primär um die Ausweitung von Freiräumen, um die Absicherung der sozialen und ökonomischen Reproduktionsmöglichkeiten alternativer Lebensformen, um Selbsthilfe und die Abwehr repressiver oder kriminalisierender staatlicher Maßnahmen« (Brand 1982, S. 182)*.

Diese institutionelle Machtlosigkeit wird aber von den alternativen Gruppen wettgemacht durch das, was man als ihre 'politischen Ressourcen' ansehen kann: durch die *Definition kollektiver Identitäten* über Formen expressiver Politik⁵, der wechselseitigen Identifikation in der Gruppe und rituell oder habituell stabilisierende Gemeinschaftssymbole wie Kleidung, Essen, Musik, Sprachjargon. Da das alternative Milieu also ein zwar politisch relevanter, aber *vor*politischer Ort ist und seinen Schwerpunkt im Konsum/ Freizeitbereich hat, können wir hier 'Bewegungsgesetze' feststellen, die ansonsten für den Konsumsektor und den Zeitrhythmus der modernen Großstadt üblich sind, vor allem eine rasche Umschlagszeit der verwandten Güter oder Symbole.

»Wenn also die *scene* in der Tat eine Avantgardefunktion hat, so nicht im leninistischen Sinne, sondern dem der Mode (die sich nach einem halben Jahr in den Kaufhäusern wiederfindet)« (Tornow 1982, S. 7). Die *scene* als Ort der Identitätsproduktion und -behauptung produziert allerdings keine *einheitliche* »alternative« Identität. Es wäre, wie Huber bemerkt (1980, S. 26f.), daher falsch, »von einem Verschmelzungsprozeß zu sprechen. Zwischen tiefgrünen Umweltschützern, leuchtend lila Sternsuchern, bordeaux-rot-lila Feministinnen und kräftig roten Sozialisten liegen nach wie vor Welten von Unverträglichkeit. Was aber stattfindet, ist ein Diffusionsprozeß.«

(b) Die flüssige interne, höchst ausdifferenzierte Struktur alternativer Bewegungen, *scenes* und Milieus in der BRD bilden also auf den ersten Blick eine Bestätigung der vor allem von Alain Touraine (1980, 1982) und Alberto Melucci (1982) vorgebrachten Hypothese, daß die Definition, Produktion und Behauptung von *Identitäten* in spätkapitalistischen Gesellschaften zu einem entscheidenden Ort und Einsatz sozialer Konflikte wird. Da aber die Ressource Identität, wie etwa in unserem Beispiel die in der *scene* faßbare Lebensstilsuche, ebenso *kollektivierend* wie *individualisierend* wirkt (Melucci, S. 88-93), kommt es über diese Konflikte nicht zu einer einheitlichen sozialen Identität, die etwa mit dem Begriff 'Lebenswelt' umschrieben werden könnte⁶. In der Tat ist - wie Habermas schreibt (1981, Bd. II., S. 521f.) - mit der Ausdifferenzierung der Rationalitätsstandards gesellschaftlicher Handlungssysteme in der 'Moderne' die *naturwüchsige* Einheit traditionaler Lebenswelten zerstört (oder 'kolonialisiert'): »Das *Alltagsbewußtsein* wird seiner synthetisierenden Kraft beraubt, es wird *fragmentiert*.« Diese »allgemeine Kontraktion der Strukturen der Lebenswelt« (Ardigò 1980, S. 60) betrifft jedoch nur ihre traditionellen Ressourcen - umgekehrt kommt es in Reaktionen darauf auch zu einem Prozeß kultureller *Innovation*: zur paradoxalen, polyvalenten Produktion neuer Identitäten. Es geht also nicht allein um die Zerstörung der 'Gemeinschaft' durch die 'Gesellschaft', sondern in der Gesellschaft kommt es zur konfliktuellen Produktion neuer Gemeinschaften. Aus ihnen ergibt sich jedoch keine automatische *politische* Definition des 'Gemeinwesens'. Die neuen kollektiven Bedürfnisse (*domande collettive*) nehmen keine politische Form an, weil sie sich um die Identität zentrieren« (Melucci, S. 96). Es wäre deshalb illusorisch, aus den neuen Bewegungen die 'neue Form der Politik' in Gestalt *einer* gemeinsamen Frage extrahieren zu wollen. Statt dessen benötigen sie sehr wohl eine von ihnen unabhängige politische *Ver*tretung, einen institu-

tionellen Ansprechpartner oder Vektor im politischen System für ihre antagonistischen *issues*⁷.

Nebenbei mag diese Diagnose der 'fragmentierten Politizität' der neuen Bewegungen auch erklären, warum - abgesehen von der konkreten politischen Situation - die beiden wichtigsten Erklärungsversuche für die »77er Bewegung« in Italien das Phänomen verfehlten: Weder läßt sich - im Sinne von Asor-Rosa (1977) - von einer internen Kohärenz der »zweiten Gesellschaft« sprechen, wie es übrigens auch keine »zweite Kultur« gibt⁸, noch lassen sich - wie Pietro Ingrao (1982, S. 222ff.) meint - die von den neuen Bewegungen zum Ausdruck gebrachten Bedürfnisse in einem einheitlichen Projekt der sozialistischen Transformation der Gesellschaft synthetisieren.

Wenn die KPI die partikularistischen Aspekte solcher Bewegungen hervorhebt, so trifft sie damit einen richtigen Punkt, da diese auch Ergebnisse wohlfahrtsstaatlicher Interventionspolitik sind (die in Italien von der DC auch zur Erhaltung der Interessen des eigenen 'Machtssystems' verfolgt wird): das 'Soziale' ist ein Produkt der Politik. Problematisch bleibt allerdings genau auf dieser Basis die gramscianische Hoffnung, die 'korporative Zersplitterung' der Gesellschaft über den synthetischen Weg der Hegemonie wiederzuvereinen.

Für die alternativen Bewegungen in der BRD ist endlich auch die jüngst von Offe (1982, S. 104) vorgeschlagene Deutung der Selbstbehauptung eines 'Seins' gegen die überkommenen identitätsstiftenden Momente des 'Habens' oder 'Glaubens' schon empirisch falsch. Das 'Sein' großstädtischer *scenes* definiert sich in entscheidendem Maße über Konsum, das der Bewegungen über das Bedürfnis nach *eigenen* Freiräumen (die dann auch militant verteidigt werden). Kulturelle Identität konstituiert sich also auch über Modi des Habens.

(c) Die Entstehung und Etablierung der grünen Partei war ein - historisch vergleichsweise kurzer - mehrjähriger Prozeß, der in Termini der funktionalistischen Politologie als Abfolge mehrerer »trial and error«-Verfahren beschrieben werden kann, um die für die politische »opportunity structure« der Bundesrepublik geeignete politische Identität zu finden. Das Ergebnis legt die Hypothese nahe, daß man eher von einer »grünen« als einer »linken« Entwicklungsfähigkeit der neuen Partei innerhalb des bundesdeutschen Parteiensystems sprechen kann.

Welches politische Ziel verfolgte die sogenannte »alternative Wahlbewegung«? Vereinfacht zusammengefaßt lassen sich die Listen in Hamburg, Bremen, Berlin und Hessen⁹ auf folgende Formel bringen: Sie stellten den Versuch dar, eine neue Form von »catch-all-party« ins Leben zu rufen, die in der Lage wäre, allen Protestpotentialen und Bewegungen politisch Ausdruck zu geben. Dies wird schon aus der Form der *Wahlprogramme* dieser Listen ersichtlich, die im wesentlichen eine Aneinanderreihung von Einzelforderungen von Bürgerinitiativen, Bürgerrechtsgruppen, Atomkraftgegnern, Umweltschützern, Frauengruppen, Schwuleninitiativen, nach Freiräumen für subkulturelle Gruppen usw. darstellten, sowie aus der Form ihrer *Kandidatenaufstellung* (wie sie am reinsten bei der Hamburger Buntten Liste praktiziert und von der Initiative Alexander Schubarts u.a. für eine hessische 'Alternative Liste' gefordert wurde, dort aber am Widerstand der hessischen Grünen scheiterte), nämlich jede Einzelbewegung, Initiative oder Interessengruppe durch eine(n) Vertreter(in) in der Kandidatenliste zu repräsentieren. Politisch gesteuert werden sollte diese Hypothese durch ein in hohem Maße linkes Führungspersonal, das sich aus den unterschiedlichsten Resten der APO (K-Gruppen, Spontis, Undogmatische usw.) zusammensetzte¹⁰. Am deutlichsten wird dies in Berlin, wo die im Vorfeld der AL-Grün-

derung von fast allen Beteiligten mit Mißtrauen bedachte »KPD« sich in die AL auflöste und ihre Kader, ihr organisatorisches und technisches know how und das Ethos des 'Berufspolitikers' einer eher dilettantisch arbeitenden und instabilen Formation zur Verfügung stellte:

»Da waren es gerade die 'Handvoll' KPD-Kader, die ihre Kraft weiter loyal der AL-Organisation widmeten (...). Hätte es jenen Kader-Kern im Apparat, in den Bereichen und Bezirken nicht gegeben - die AL hätte mit Sicherheit nicht überlebt« (Hopflitschek 1982, S. 85f.).

Aber abgesehen von der bereits erwähnten (immerhin!) *empirischen* Feststellung, daß dieses 'bunt-alternative' Modell praktisch überall scheiterte, bleiben wir noch die theoretische Antwort auf die Frage schuldig, warum es dennoch in Berlin so erfolgreich war. Nehmen wir die partielle Ausnahme Hamburgs hinzu, stellt sich eine komplexere Frage, die aber implizit die Antwort bereits enthält: Warum finden alternative und/ oder linke Listen nur in Großstädten politische Resonanz? *Weil nur in Stadtstaaten - und in besonderem Maße in Berlin - der großstädtische Lebensraum identisch ist mit dem politischen Raum.* Der Erfolg der Alternativen in Berlin erklärt sich somit daraus, daß der 'politische genius' der Großstadt noch durch den besonderen Berliner 'genius loci' akzentuiert oder überdeterminiert wird. Wie aus allen Wahlforschungen hervorgeht, ist der großstädtisch-protestantische Sektor der bundesrepublikanischen Wahlbevölkerung ohnehin das Zentrum 'linker' (d.h. hier sozialdemokratischer) Stammwählerschaft. Darüber hinaus konzentrieren sich in Großstädten außerdem in überdurchschnittlichem Maße die 'neuen Mittelschichten' im Verwaltungs-, Ausbildungs- und tertiären Bereich, unter denen gleichzeitig die Dichte der sog. 'Wechselwähler' am höchsten ist, deren jüngere Generation aber auch - als kontrafinales Ergebnis der Erfolge des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates - die höchste Neigung zu sogenannten *'postmaterialistischen'* Wertorientierungen aufweisen. Ebenso finden sich in Großstädten - zumal Universitätsstädten - mehr Angehörige einer in hohem Maße von sozialstaatlichen Leistungen abhängigen, in Bezug auf ihre Zukunftschancen aber 'relativ deprivierten' Bevölkerungsgruppe (die Berufsaussichten der heutigen Studenten im Vergleich zur Situation zu Beginn der sozialliberalen Koalition mögen hier als Beispiel ausreichen), die auch aufgrund pessimistischer Zukunftsaussichten eher zu *'hedonistischen'* Orientierungen tendieren (Rönsch 1980, S. 44f.).

Der Berliner 'genius loci', dem zudem ein katholischer Traditionsbereich völlig fehlt, akzentuiert all diese Elemente noch alleine durch seine »Insel«-Lage - mit einem wichtigen Unterschied zu anderen westdeutschen Großstädten: der zunehmenden Erosion der Industriearbeiterschaft durch Arbeitsplatzvernichtung (über 110 000 in den 70er Jahren!) und einer, sich aus der antikommunistischen Tradition der 50er Jahre speisenden und durch das heutige faktische Pressemonopol des reaktionären Springerkonzerns stabilisierten autoritär-aggressiven Zukunftsangst der Mehrheit der Erwerbsbevölkerung vor gesellschaftlichem Abstieg und kultureller Überfremdung (s. Claussen u.a. 1982). Nirgendwo in der Bundesrepublik ist wohl *gleichzeitig* die Ablehnung der 'alternativen' Wertvorstellungen durch die Mehrheitsbevölkerung so hoch und umgekehrt die 'alternative Szene' so stark, sowohl im Sinne sozialer Verankerung als auch im Sinne kultureller Diffusion und 'Vernetzung'. Dazu kommt der kumulative Effekt der Tatsache, daß Berlin eine 'Hochburg' praktisch aller 'neuen sozialen Bewegungen' in der Bundesrepublik (mit Ausnahme natürlich der Ökologiebewegung) gewesen ist - von der Studentenbewegung über Frauenbewegung zur Alternativbewegung und zum Häuserkampf - und sich daher auch das 'intermediäre Milieu' aus den Gegeneliten dieser Bewegungen zunehmend aufgestockt hat. Durch die steigende An-

zahl von abhängig Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei gleichzeitig sinkender Erwerbsbevölkerung konnten zudem auch im gewerkschaftlichen Milieu¹¹ 'postmaterialistische' und 'sozialstaatlich-linke' Einstellungen stärker als in anderen Städten der BRD koexistieren oder sich gar verstärken (im Bereich gewerkschaftlich organisierter Beamter/ Angestellter gab die SPD bei den Wahlen 1981 Wähler an die AL ab), während in der Abgeordnetenwahl 1981 umgekehrt zum ersten Mal im industriellen Facharbeitermilieu die CDU (mit 42%) die SPD (38%) überflügelt hat. Die eindeutige *Links*orientierung der AL-Wählerschaft, die auch ihre 'postmaterialistischen' Bestandteile (gewerkschaftlich organisierte 'neue Mittelschichten', freie Berufe und 'alte Mittelschichten') kennzeichnet, ist also für die gesamte BRD eher Ausnahme als Regel.

Mit dem Gesagten soll übrigens *nicht* behauptet werden, daß sich die kollektiven Identitäten des alternativen Milieus alle als im klassischen Sinne 'fortschrittlich' oder 'links' verstehen lassen (s. dazu bereits Huber 1980). Die regressiven oder wenigstens ambivalenten Elemente der städtischen *scene* (von feministischer Astrologie bis zur 'zivilisationskritischen' Wiederentdeckung von Naturmythen oder weltanschaulichen Exotika in der mittelständischen 'Sinnsuche' bis zu den *power*-Phantasien der 'Autonomen' oder des 'schwarzen Blocks'...) produzieren nur keine *politischen* issues, die sich in ihrer Breitenwirkung mit dem ökologischen 'Begriff des Politischen', dem »Prinzip Leben« (Kelly / Leinen 1982) vergleichen lassen, das die ideologische Klammer der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Grünen darstellt. Dieser Identität der grünen Partei müssen wir uns nunmehr zuwenden.

III. Die Paradoxe der grünen Partei

Die Durchschlagskraft der Grünen kann wohl zuallererst damit erklärt werden, daß es ihnen - über die »Holzwege« des oben rekonstruierten »trial and error-Verfahrens« - gelungen ist, zwei Themen miteinander zu verbinden und *in dieser Verbindung* politisch zu artikulieren, die in der klassischen linken Kritik am wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus keine Beziehung zueinander hatten: die Grenzen der politischen Legitimation der postliberalen Demokratie und die ökologischen Grenzen des Modells der industriellen Zivilisation, marxistisch gesprochen der Hoffnung in die befreienden Wirkungen der Entfaltung der Produktivkräfte. Die »grüne« Kritik betrifft also nicht nur die *Formen* kapitalistischer Herrschaft, sondern auch - d.h. vor allem - jene Rationalität der Entwicklung selbst, die sich gegen die »Irrationalität« der Klassenherrschaft durchsetzen sollte. Kurz gesagt: Eine historisch neue Mischung eines traditionellen Topos linker Kapitalismuskritik mit einer traditionellen Figur der konservativen Zivilisationskritik. Dies erklärt bereits zweierlei: Zum einen die Schwierigkeit für die traditionelle Arbeiterbewegung (sei es in ihrer Form Partei, sei es in der Form Gewerkschaft), für eine Auseinandersetzung mit der grünen Bewegung überhaupt die kulturellen Koordinaten zu finden, zum anderen die eigentümliche *double-bind*-Beziehung, die die Grünen gegenüber der etablierten Linken haben müssen. Ist diese doch ihr einzig denkbarer Bündnispartner im Kampf gegen den autoritären CDU-»Atomstaat«, so muß sie andererseits als politischer Ausdruck der »Volksfront aller am Wachstum interessierten Schichten« (Bahro) als der von der Ökologiebewegung vorrangig zu schlagende Gegner erscheinen.

(a) *Die verschiedenen Farben des »Grünen«*

Mit der Etablierung der grünen Partei können wir eine Dynamik dreifacher 'Totalisierung' grüner issues feststellen: im ideologischen, im sozialen und im politischen Sinne. Geistesgeschichtlich speist sich die grüne Zivilisationskritik aus unterschiedlichen Quellen, die, wie Carl Amery¹ feststellt, »von der konservativen Kulturkritik, vom radikalen, anarchistisch-frühsozialistisch motivierten Populismus, von der naturwissenschaftlichen Revolution« (1980, S. 17) herkommen und insbesondere in der für die heutige Identität der grünen Partei wichtigen Konstitutionsphase (1979 - 1980) untermischt wurden mit Motiven der Kapitalismuskritik aus dem Geiste des jungen Marx. Federführend für diese ideologische Brücke zur sogenannten 'undogmatischen Linken' waren neben dem politischen Engagement Rudi Dutschkes vor allem die Bemühungen Rudolf Bahros², die marxistische und die romantische »radikale Kritik am kapitalistischen Industrialismus« (1980, S. 38) miteinander zu versöhnen. Bahros Rezept ist einfach:

»Wir stehen auf dem Standpunkt, daß radikale Kritik am kapitalistischen Industrialismus die gemeinsame Basis sein kann, auf der wir in der grünen Bewegung über das ganze Spektrum der an der Überwindung unserer gegenwärtigen Zivilisationskrise interessierten Kräfte zusammenarbeiten können.« (S. 50)

Dieser ökologische Fundamentalismus - in dem sich bei Bahro Elemente einer marxistisch-leninistischen Zusammenbruchstheorie (s. Schmid 1983) mit eschatologischen Zügen vermischen³ - wird dann nach der Bundestagswahl von 1980 über das »Prinzip Leben« (s. Kelly/Leinen 1982) rückgekoppelt mit der entstehenden 'Friedensbewegung' gegen die atomare Nachrüstung in der Bundesrepublik. Diese sich keineswegs alleine aus 'grünen' Motivationen speisende 'neue Friedensbewegung' war - in der Periode zwischen Bundestagswahl 1980 und dem Rücktritt des Kanzlers Helmut Schmidt 1982 - sicherlich die wichtigste Ressource, aus der sich die scheinbar unaufhaltsame parlamentarische Etablierung der Grünen in fast allen Landtagswahlen bis 1983 gespeist hat. Insofern kann man davon sprechen, daß in dieser Periode die grüne Partei durch die bloße Existenz der Friedensbewegung von einem regelrechten 'politischen Mehrwert' zehren konnte, da sie das einzige institutionell-politische Subjekt war, dem die Vertretung der nicht im offiziellen »politischen Markt« repräsentierten Opposition gegen die Etablierung eines mitteleuropäischen 'Theater'-Raums zur Ermöglichung eines begrenzten Nuklearkrieges zukam⁴. Gerade diese Wachstumsdynamik der Grünen als Partei unterscheidet sich also *nicht* von der normalen Logik der *Integration* heterogener sozialer Milieus, politischer issues und kultureller Werte durch übergreifende globale Ziele, wie sie die Wählerwerbung der Konkurrenzparteien auszeichnet. Die Grünen

»beziehen sich immer mehr auf die internationalen Themen von Frieden, Freiheit und Außenpolitik. Das wird zum einzigen Problem (...), jeder ist vom Problem des Krieges betroffen (...) ein global übergreifendes Problem, von dem alle, in klassenübergreifender Weise betroffen sind.«⁵

Dieses 'Prinzip Leben' als Integrationsfaktor stellt allerdings die Klammer sehr unterschiedlicher politischer Optionen innerhalb der Grünen dar⁶. Die wichtigsten unter ihnen sind⁷:

- Der 'rot-grüne' Sozialismus:

Diese vor allem in Hamburg (GAL) und Berlin (AL), in Teilen der hessischen Grünen (z.B. Kassel) und in Nordrhein-Westfalen beheimatete Tendenz, der auch all die zuzurechnen sind, die innerhalb und außerhalb der grünen Partei für deren Transformation zu einer 'linkssozialistisch-alternativen' Protestpartei eintreten (etwa Brandt / Ascheberg 1982, oder die Zeitschriften »Konkret« und »Moderne Zeiten«), tritt für ein 'Bündnis von Arbeiter- und Ökologiebewegung' ein, das im Grunde genommen nur eine grüne Wiederauflage der alten *Volksfront*-Ideologie darstellt.

- Parteiverständnis: 'basisdemokratisch', für imperatives Mandat der Partei gegenüber Parlamentariern (Zeuner 1982);

- Rolle des Parlaments: einerseits Parlament als 'Tribüne' der außerparlamentarischen Bewegungen, andererseits gekoppelter Druck innerhalb und außerhalb des Parlaments durch Ökologie-, Gewerkschafts- und Friedensbewegungen auf die SPD;

- Willen zum Aufbau einer 'rot-grünen' Mehrheit, aber bisher Unwillen, für die damit auftretenden 'Sachzwänge' in Termini einer 'grünen' Regierungsfähigkeit die Verantwortung zu übernehmen, also die Frage der 'Regierbarkeit' von links zu beantworten;

- Da sich eine »neue Mehrheit« in diesem Verständnis vor allem auf eine Koalition von *Protestbewegungen* gründen soll, ergeben sich hier Schwierigkeiten, wenn es drum geht, soziale Protestbewegungen politisch zu kritisieren (dies zeigt sich etwa bei der Berliner AL an ihrer Unfähigkeit, eine klare Abgrenzung gegenüber militanten Fraktionen 'der Bewegung' zu vollziehen): Changieren zwischen 'movementistischem' Militantismus der Basis und taktischem 'Einlassen' sozialistischer Strategen auf die 'bürgerliche' Legalität.

Insgesamt könnte man metaphorisch von einer Art »Lodenmantel-Theorie« sprechen (roter Kern in grüner Schale); d.h.: Die ökologische Frage wird - wie schon die Frauenfrage oder der Jugendprotest - nur als eine neue Facette der historischen sozialen Frage angesehen, als eine List der sozialistischen Vernunft.

- *Der grüne Reformparlamentarismus*, der vor allem bei den Baden-Württembergischen Grünen beheimatet ist (Hasenclever 1982, Kretschmann 1982) und sich ideologisch, wie auch bei Teilen der nordrhein-westfälischen und niedersächsischen Grünen, aus der Strömung für einen sogenannten 'Dritten Weg' zwischen Kapitalismus und Kommunismus in Gestalt der 'ökologischen Kreislaufwirtschaft' speist⁸.

- Parteiverständnis: Arbeitsteilung zwischen Partei und parlamentarischer Fraktion, deren Unabhängigkeit nicht nur finanziell gewährleistet, sondern politisch befördert werden soll; Orientierung auf ökologisch politisiertes Bildungsbürgertum als Stammwählerschaft;

- Rolle des Parlaments: Parlament als »kategorische« Form des Politischen, nicht bloßer Austragungsort außerparlamentarischer Konflikte, sondern Ort der Verhandlungen und politischer Kompromisse mit zu respektierenden Spielregeln;

- Angestrebt wird kein »historischer Kompromiß« mit der SPD, sondern eine ausgehandelte - unter Umständen *ad hoc* - Koalition, die allerdings den beständigen Interessenkonflikt der Partner (und ihrer Klientel) von vornherein einkalkuliert, die dadurch eine relative Unabhängigkeit gegeneinander bewahren;

- Die Konstituierung einer 'neuen Mehrheit' erfordert somit von den Grünen die Übernahme politischer Verantwortung und die Bereitschaft, sich mit der SPD gerade über die Inhalte der Regierungsentscheidungen auseinanderzusetzen. Das Verhältnis zur SPD stellt

sich also nicht ideologisch her, sondern über die praktische Ausgestaltung des Regierungsprogramms: Die 'Regierbarkeit' wird zum Problem der Grünen, die damit unter Umständen die Rolle eines 'ökologischen Züngleins an der Waage' anstreben;

- *Verantwortungsethische* Kritik an der Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols durch Protestbewegungen; statt dessen Eintreten für kalkulierte Regelüberschreitungen im Sinne der amerikanischen Bürgerrechtstradition (s. Frankenberg/Rödel 1981).

Erweitert hat sich die Reformfraktion innerhalb der Grünen aus einer unerwarteten Ecke, nämlich aus dem Kreis der hessischen und insbesondere Frankfurter Metropolitanspontis um Dany Cohn-Bendit und Joschka Fischer⁹. Von ihnen wird die 'neue Mehrheit' nicht als Volksfront, sondern als konfliktuelle Koalition anvisiert, allerdings als funktionales Äquivalent zur Erhaltung der Freiräume kultureller Minderheiten und städtischer Sozialbewegungen¹⁰.

- *Der grüne Fundamentalismus*, der neben seiner Hochburg der Frankfurter Stadtparlamentsfraktion überall in der grünen Partei eine wichtige Minderheit darstellt, bezieht seine Stärke vor allem aus der charismatischen Anziehungskraft oder Integrationsfunktion des 'ökologischen Klerus' oder der ökologischen Propheten der ersten Stunde wie Petra Kelly, Rudolf Bahro, Milan Horacek.

- *Parteiverständnis*: »Anti-Partei-Partei«, d.h. Partei als chiliastische Erweckungsbewegung. »Basisdemokratie« wird hier verstanden als Herstellung neuer »Gemeinschaft« gegen die »Gesellschaft« des Industrialismus, als »Politik der Liebe« (Kelly 1982, S. 136);

- *Rolle des Parlaments*: Grundsätzliche Bejahung der Parlamentarisierung, aber Angst vor der Macht; das Parlament soll zur Tribüne der neuen Weltanschauung werden, die vielleicht am deutlichsten im kurzen Lehrgang von Manon Maren-Grisebach (1982) dargestellt ist. Auch hier spielen 'Dritte Weg'-Motive eine Rolle, die Grünen sind 'grundsätzlich' anders;

- *Daher* wird von dieser Strömung weder die 'neue Mehrheit' mit der SPD im Parlament erstrebt, noch die Frage der 'Regierbarkeit' überhaupt thematisiert; innerhalb wie außerhalb des Parlaments soll sich die Partei demgemäß als *missionarische* Minderheit verstehen, die - zumal in »Gattungsfragen« - keine Kompromisse mit dem herrschenden Materialismus und Konsumismus der Industriegesellschaft zulassen kann;

- *Bloße 'gegen das System gerichtete' Protestbewegungen*, die nicht vom 'Geiste der Nächstenliebe' zu Mensch und Natur¹¹ animiert sind, werden von der Position des 'ökologischen Humanismus' als bloß negativ kritisiert; das 'Prinzip Leben' führt hier zur *gesinnungsethischen* Forderung der totalen Gewaltfreiheit.

Politik wird dadurch zur reinen Vetopolitik und zur Verkündigung einer Mission: Die ökologische Frage wird gesehen als »Gattungsfrage«. Die soziale Frage sei nur der letzte Rest der alten Welt, Ballast des (Kapital)-Industrialismus. Daher ist jede Allianz mit der Arbeiterbewegung für die ökologische Frage tödlich, die einzige historische Perspektive, der einzige für die Menschheit offenstehende Weg ist der »Exodus aus der Industriegesellschaft« (Bahro).

(*Konservative Tendenzen* zeigen sich neuerdings verstärkt in der »Bremer Grünen Liste«, die aus dem grünen Bundesverband ausgeschieden ist (s. zur Kritik Willers 1982). Die klassische reaktionär-konservative Option, verkörpert vor allem durch Herbert Gruhl, ist spätestens seit Ende 1980 aus den Grünen emarginiert worden. Die »Ökologisch Demokratische Partei« (ÖDP) von Gruhl und den schleswig-holsteinischen Konservativen um 'Öko-Bauer' Baldur Springmann beteiligt sich mitunter erfolgreich an Wahlen.)

Die jeweils faktische Politik der Grünen stellt ein - von Landesverband zu Landesverband unterschiedliches - instabiles Gleichgewicht von Kompromissen zwischen diesen drei Optionen dar. Dies zeigt sich etwa zuletzt am im Januar 1983 in Sindelfingen verabschiedeten Wirtschaftsprogramm der Grünen¹²: Hier wird eine 'fundamentalistische' Diagnose der ökologischen Krise ergänzt durch eine Mischtherapie von ökologischen Zukunftsinvestitionen ('weiche Energie' usw.) und gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, die von der parlamentarischen Fraktion im Verein mit den Reformkräften der SPD durchgesetzt werden soll.

Diese eigentümliche Mischung von linker Kapitalismuskritik und 'grünem' Zivilisationspessimismus hat auch - gegenüber der 'Neuen Linken' - das Verhältnis zur SPD deutlich verschoben. An die Stelle der klassischen linken Bestimmung des 'Grundwiderspruchs' der SPD - zwischen 'Klassenpartei' und 'Staatspartei' (zur Kritik s. Bolaffi/Marramao 1981) - tritt nunmehr der Gegensatz zwischen der SPD als 'Reformpartei' und als 'Wachstumspartei'. Die *double-bind*-Beziehung der Grünen zur Arbeiterbewegung führte im Zeichen der Bundestagswahlen zu einer Art *paradoxen Kommunikation* in den wechselseitigen Verlautbarungen der SPD als auch der Grünen über ihr mögliches zukünftiges Verhältnis:

- Den Grünen erscheint die SPD jeweils entweder als eine Kraft, die man durch inner- und außerparlamentarischen Druck dazu zwingen muß, zur Reformpartei zu werden, oder als Wächter des Industrialismus, den man als 'Raketen-, Wachstums- und Atompartei' entlarven muß, um in letzter Konsequenz zur einzigen 'wahrhaften' Opposition zu werden.

- Der SPD erscheinen die Grünen jeweils entweder als 'Steigbügelhalter' für eine »neue Mehrheit links von der CDU« (W. Brandt), also als 'lernfähiger', zu bekehrender neuer politischer Ansprechspartner, oder als fortschrittsfeindlicher, antiparlamentarischer, objektiver Helfershelfer der Reaktion¹³.

(b) Soziokulturelle Zusammensetzung und politische Einstellungen der 'grünen' Wählerschaft¹⁴

Die Ergebnisse aller Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 1980 zeigen einen ständig wachsenden Trend der grünen Wählerschaft, der den Grünen - mit Ausnahme Bayerns - überall einen sicheren Sprung über die 5%-Hürde ermöglichte. Bemerkenswert ist dabei, daß dieser Trend zu einem grünen Zugewinn um ca. 3% gegenüber der jeweiligen Vergleichswahl¹⁵ auch durch die »Wende in Bonn«, d.h. durch die verstärkte Polarisierung zwischen SPD und Unionsparteien sowie den Übergang der SPD in die Opposition *nicht* gestoppt wurde. Auch in Hamburg hat die Grün-Alternative Liste numerisch so gut wie keine Wähler verloren, obwohl die SPD die absolute Mehrheit der Sitze erreichen konnte, d.h. Stimmen hinzugewann, und obwohl die »Hamburger Verhältnisse« als Schreckgespenster der 'Unregierbarkeit' in hohem Maße Stabilitätsbewußtsein gegen die GAL mobilisieren sollte¹⁶.

All dies beweist, daß die Wahlerfolge der Grünen weder im Sinne einer bloßen »Betroffenenpartei«¹⁷ noch einer bloßen »Protestpartei«¹⁸ erklärt werden können, obwohl das Wählerpotential der Grünen sich natürlich *auch* aus solchen Motiven speist. Um Elemente zur Beantwortung der offenen Frage beizubringen, ob es den Grünen gelingen könnte, eine feste »Stammwählerschaft« aus Wechselwählern zu konsolidieren, müssen wir uns nunmehr der *Konsistenz* der grünen Wählerschaft zuwenden. Wir ziehen dabei drei der in der bundesdeutschen Wahlforschung (etwa: »Forschungsgruppe Wahlen« Mannheim, INFAS

Bonn) üblichen Indikatoren zur Beurteilung demoskopischer Daten heran: 'Wertmuster' der Parteianhänger¹⁹, Korrelation mit *Ausbildungsgrad*, Aggregation 'sozioökonomischer Typen' oder Milieus.

Wertmuster:

Wenn man von einem 'Basiskonsens'²² der Mehrheit der bundesdeutschen Wählerschaft sprechen kann, so läßt sich dieser auf der Ebene der gesellschaftlichen Wertorientierungen beschreiben als 'historischer Kompromiß' zwischen *konservativ-christlichen* (Recht, Ordnung, Pflichterfüllung, Sitte und Moral etc.) und *sozialdemokratisch-sozialstaatlichen* Werten (soziale Gleichheit, soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität), deren gemeinsame Basis die sogenannten 'ökonomischen' Wertmuster (mehr Leistung, mehr Wirtschaftswachstum, mehr Wohlstand) darstellen.

»Das heißt: Die klassischen Wertmuster sowohl des Bürgertums und der christlichen Konfessionen als auch der Arbeiterbewegung sind heute in allen politischen Lagern soweit akzeptiert und miteinander vereinbar, daß mit Rekurs auf klassische ideologische Positionen eine tiefgreifende gesellschaftliche Polarisierung kaum zu bewirken ist.« (Feist / Liepelt 1983, S. 26)²³

Diesem »bundesdeutschen Einheitsbild« gegenüber stellen allein »die erklärten Sympathisanten der Protestbewegung« eine »gesellschaftspolitische Gegenwelt« dar:

»Die Anhänger (...) der Grünen und Alternativen stellen, von den Grundwerten her gesehen, die eigentliche Opposition. In ihrem Interesse für soziale Werte wie Gleichheit und Solidarität übertreffen sie Durchschnittswähler der Sozialdemokratie. Sie distanzieren sich weithin von den konservativ-christlichen Werthaltungen und verständlicherweise von den Prinzipien des Wirtschaftspragmatismus. An deren Stelle sind nicht-materielle Zielvorstellungen getreten wie 'mehr Demokratie', 'mehr Freiheit für Andersdenkende', 'mehr Selbstverwirklichung', 'mehr grundlegende gesellschaftliche Reformen'.« (ebda, S. 30)

Es springt ins Auge, daß ein nicht unwesentlicher Teil dieser 'neuen' Wertorientierungen aus dem Reservoir der aufsteigenden Phase des sozialliberalen Reformzyklus stammt. Hinzu kommt vielfach das diagnostizierte Phänomen des 'Wertwandels' der Nachkriegsgenerationen von 'materialistischen' zu 'post-materialistischen' Orientierungen, das - wie wir noch sehen werden - in seiner oft behaupteten Globalität allerdings nicht bestätigt wird. Jedenfalls kann das heutige grüne Potential

»mit den Grünen früherer Jahre, die sich nur in der Ablehnung der Atomkraft und in der Forderung nach dem Umweltschutz einig waren, nicht gleichgesetzt werden. Denn sie sind längst zu einer politischen Gruppe geworden, die homogener ist, als die Wähler anderer Parteien es sind.« (Harenberg 1982, S. 44)

Bildungsgrad:

Dieser hohe Grad an Homogenität in ihren politischen Orientierungen, die - von der Haltung zum Nato-Doppelbeschluß bis zur Frage der Atomenergie bis hin zu 'Grundwerten' wie Partizipation -die verschiedensten *issues* umfaßt, übertrifft sogar die Konsistenz traditioneller 'Stammwähler'-Milieus, sei es auf Klassenbasis, sei es auf Weltanschauungs-Basis (vgl. Harenberg 1982). Sie ist aber auch weder mit soziologischer Determination noch mit ideologischer Gemeinsamkeit zu erklären, eher aus einer Vielfalt von Faktoren, die Ergeb-

nisse des unter der sozial-liberalen Koalition beschleunigten Prozesses gesellschaftlicher Modernisierung, Rationalisierung und gesellschaftlicher Ausdifferenzierung sind. Vor diesem Hintergrund muß auch die globale These vom 'Wertwandel' disaggregiert und relativiert werden. Statt dessen müssen wir mit einem Bündel von Faktoren arbeiten, unter denen für die grüne Wählerschaft die wichtigsten *Alter*, *Schulbildung* und *politisches Interesse* darstellen²⁴. Demgemäß finden sich unter jungen Akademikern der Nachkriegsjahrgänge die meisten Wähler der Grünen, also unter solchen, die lebensgeschichtlich weder die Erfahrung der 'großen Krise' und der Weimarer Massenarbeitslosigkeit, noch des Wiederaufbaus und 'Kalten Krieges' gemacht haben:

»Die Daten sprechen eher gegen die These vom allgemeinen Wertwandel. Denn in den unterschiedlichen Bildungsgruppen gibt es zugleich deutliche altersspezifische Diskrepanzen. Wer das Bildungssystem in den letzten 15 Jahren mit Abitur oder akademischer Ausbildung durchlaufen hat, ist generell weniger konservativ, stärker den sozialen und weniger den ökonomischen Werten verpflichtet als seine Altersgenossen, die im früheren Lebensalter vom Ausbildungssystem ins Arbeitsleben übergewechselt sind, und er engagiert sich in besonderem Maße für die nicht-materiellen Werte. Alles in allem: Die gesellschaftlichen Leitbilder der jungen Akademiker ähneln denen der alternativen Wählerschaft. Die ältere Akademikergeneration ist demgegenüber konservativer, ebenso konservativ wie ihre Altersgenossen ohne Abitur.« (Feist/Liepelt, S. 32)

Für diesen offenkundigen Zusammenhang zwischen Bildungsgrad, Generation und politische Einstellung gibt es eine Reihe sozialwissenschaftlicher Hypothesen, die alle die Erreichung eines bestimmten Niveaus an materiellem Lebensstandard und die Erfolge des Wohlfahrtsstaates zur Voraussetzung der Entstehung 'neuer' Bedürfnisse und politischer Einstellungen machen (s. Bürklin 1981):

- Die These von der »educational revolution«, nach der die Differenz zwischen intellektuellen Fähigkeiten und politischem 'Durchblick' eines zunehmenden Teils der Jugend einerseits und der etablierten politischen Eliten andererseits geringer wird, wobei gleichzeitig die Differenz in den Chancen zur Partizipation an Entscheidungen mit deren wachsendem Komplexitätsgrad zunimmt. Diese These vermag zweifelsohne das Bestehen eines latenten Konfliktpotentials und die höhere Wahrscheinlichkeit von 'Legitimationsdefiziten' erklären, bleibt aber zur Beurteilung einzelner gesellschaftlicher Gruppen und ihres Verhaltens noch zu unspezifisch.

- Die Inglehart'sche These der »stillen Revolution« oder des »Wertwandels« (über deren reversiblen oder strukturellen Charakter wir hier nicht diskutieren können) stellt die Entstehung neuer sog. »postmaterialistischer« Bedürfnisse fest, die gerade bei wachsendem materiellen Reichtum immer weniger befriedigt werden können²⁵. Gleichzeitig werden die zunehmenden materiellen, ökologischen und sozialen Kosten zur Befriedigung der materiellen »akquisitiven« Bedürfnisse zunehmend als Last empfunden. Offensichtlich macht diese 'Zange' die klassische Orientierung von Volksparteien auf Wirtschaftswachstum als Terrain der 'Neutralisierung' von Interessengegensätzen für diese Wählerschichten unbrauchbar.

- Diese »Wertwandel«-These im Sinne des unaufhaltsamen Vordringens einer »postakquisitiven« Kultur, wird - wie wir oben bereits angedeutet haben - relativiert auch durch eine andere »Wertwandel«-These, die vom Umsichgreifen einer »hedonistischen« Einstellung oder gar aufgrund der Erosion des Leistungsprinzips durch den *welfare-state* von einem »Zeitalter des Narzismus« spricht. Dem Verfall der bürgerlichen 'Tugenden' (oder des 'Über-ich') entspreche kein Verzicht auf bürgerliche Konsum-»Leistungen«.

- Schließlich ziehen Feist und Liepelt als Erklärung für den wachsenden Erfolg der Grünen unter gebildeten neuen Mittelschichten die Gouldner'sche Theorie der »neuen Klasse« der Intellektuellen heran, deren spezifisches »Kulturkapital« - die »culture of critical discourse« - gerade durch die sozialliberale Reform des Bildungswesens gestiegen sei und die innerhalb der etablierten Interessengruppen und Parteien gerade aufgrund deren »catch-all«-Charakters sich zunehmend weniger mit den übergreifenden Interessenkoalitionen identifizieren können:

»So erfüllen die neuen Parteiliten immer weniger die traditionelle Funktion von Avantgarden gegenüber Wählermehrheiten, die ihre eigenen Interessen nur unzureichend artikulieren. Indem sie das ihnen eigene 'Kulturkapital', die Fähigkeit zum kritischen Diskurs, in die Waagschale werfen, erhöhen sie parteiintern ihre politische Verhandlungsmacht. Zielgruppe ihrer Vertrauensarbeit ist die ihnen affine soziale Bildungsschicht, nicht die Wählermehrheiten der jeweiligen Partei.« (S. 34)

'Grünes' Bewußtsein oder Wahlverhalten wäre somit Ausdruck des 'Klasseninteresses' der neuen Gegenelite, die sich von den volksparteilichen Kompromissen zunehmend emanzipiert (vgl. auch Huber 1983, S. 43f.).

Statt der Entscheidung für nur eine der genannten Hypothesen scheint uns mit Bürklin (1981) und Rönsch (1980) eher eine Kombination von Erklärungselementen sinnvoll, da das grüne Wählerpotential eben weder ideologisch noch sozial einheitlich ist, jedoch gleichzeitig politisch in einem höheren Maße vereint ist, als dies die übliche Klassifizierung der Grünen als »Protestpartei« nahelegt. So kommt etwa auch Bürklin trotz seiner soziologischen Differenzierung doch am Ende seines Aufsatzes zur ewigen Wahrheit der Krise der SPD als Krise des Reformismus, nach der die Entstehung der Grünen Ergebnis der Enttäuschung über »nachlassenden Reformeifer« der Regierungspartei SPD sei. So sehr dies auch für linke Kader innerhalb der Grünen gelten mag, so wenig vermag es die Breite der grünen Wählerschaft zu erklären, die auf die *Ergebnisse* der Reformen der SPD (Bildung, Verwaltung, Technologiepolitik, Ausdehnung des Sozialstaates, Bürokratisierung, Wachstum ... alles in allem: Rationalisierung) reagiert hat. In diesen Reaktionshaltungen lassen sich nun nach Rönsch (1980, S. 44f.) unter den Anhängern der Grünen zwei unterschiedliche Gruppen feststellen:

»- die eine (die 'Ideologen') findet sich eher in der oberen Bildungsschicht, ist leistungsorientiert, hat Vertrauen in eigene politische Mitwirkungsmöglichkeiten, ist in dem Sinne 'altruistisch', als ihr die Benachteiligung anderer Gruppen bewußt ist ('anderen geht's schlechter') und antizipiert dies auch für eine pessimistisch gesehene Zukunft; (...)

- die andere (die 'Deprivierten') hat eher niedrigere Bildungsabschlüsse, ist 'hedonistisch' orientiert, sieht weniger Mitwirkungsmöglichkeiten, fühlt sich ökonomisch deutlich benachteiligt und weist einen ökonomisch akzentuierten Zukunftspessimismus auf.«

Soziokulturelle Milieus:

In der Wahlforschung werden zur Bestimmung des Wählerverhaltens sozio-ökonomischer Gruppen für die Bundesrepublik gewöhnlich fünf Aggregate mit relativ homogenem Wahlverhalten unterschieden (auch 'sozio-ökonomische Typen')²⁶:

- Der Arbeiterbereich (gewerkschaftlich organisierte oder nicht-organisierte bewußte Arbeiter),
- Angestellte und Beamte, gewerkschaftlich gebunden,
- die sogenannte 'Neue Mittelschicht' (soziale Aufsteiger, sei es in der eigenen Berufskarriere, sei es gegenüber der Elterngeneration),

- die 'Alte Mittelschicht' (Angestellte und Beamte in mindestens zweiter Generation und selbständige Berufe),
- der 'Katholische Traditionsbereich' (der sowohl Angehörige der Mittelschichten als auch kirchlich gebundene Arbeiter umfaßt).

Untersucht man nun die Wählerentwicklung der Grünen - was auf diese Milieus bezogen natürlich nur auf dem *indirekten* Weg von Repräsentativerhebungen möglich ist - so kann man feststellen, daß diese Partei einheitlich wachsendes Gewicht in fast *allen* der genannten Wählersegmente verzeichnet:

Von 1978 bis 1982 ist der Sympathieanteil der Grünen (laut INFAS-Erhebungen in Hessen) gestiegen:

- im Arbeiterbereich von 2% auf 7%,
- bei den gewerkschaftlich organisierten Beamten von 2% auf 10%,
- in der 'Neuen Mitte' von 1% auf 11%,
- in der 'Alten Mitte' von 4% auf 9% (wobei Mitte 1982 kurz vor dem Ende der sozialliberalen Koalition eine Spitze von 13% erreicht wurde),
- im katholischen Milieu von 1% auf 3%.

In allen Bereichen hat in der gleichen Zeitspanne die FDP an Sympathien *linear* verloren und die SPD nach dem Koalitionswechsel ihren Sympathieverlust deutlich aufgeholt, während die CDU seit dem Machtwechsel nur in der 'Alten Mitte' das erreichte Kapital an Sympathie ausbauen kann. (Angaben nach Hoffmann/Krautwig/Krieger 1983, S. 58)

Diese Repräsentativumfragen, die natürlich keinen direkten Aufschluß über tatsächliches Wählerverhalten oder gar Wählerwanderungen geben können, sind jedoch aufschlußreich durch den Kontrast zwischen der Entwicklung der grünen Anhängerschaft zu der der anderen Parteien. Am direktesten konkurrieren demnach die Grünen mit den Sympathien für eine 'sozial-liberale' FDP, am wenigsten Rückhalt haben sie im sozialdemokratischen (Arbeiter-) und im katholischen CDU-Stammwählerbereich.

Eine politische Schlußfolgerung liegt nahe: Die Grünen konkurrieren mit der FDP um die Rolle der 'Dritten Kraft' im Bereich der Mittelschichten, der mit der Abnahme des demographischen und politischen Gewichts der klassischen industriellen Arbeiterschaft an speziellem Milieus Anhängerschaft gewinnen, die eine traditionelle linkssozialistische Arbeiterpartei nie erreichen könnte²⁷. Und sie tun dies auch mit Werten, die jenseits des 'sozialdemokratischen Charakters', des Verzichts- und Leistungsprinzips der Arbeit, der beiden Paradigmata von 'Wachstum' und 'Revolution' (Berger 1977) angesiedelt sind.

Dennoch läßt sich nicht bestreiten, daß die zunehmende Anhängerschaft der Grünen ein Phänomen linker Politisierung darstellt. Dies geht zum einen aus der Selbsteinschätzung der Grün-Wähler hervor, die sich in der repräsentativen SPIEGEL-Umfrage des EMNID-Instituts Ende 1981 folgendermaßen auf der 'Links-Rechts-Skala' von '1' (sehr weit links) bis '10' (sehr weit rechts) einordneten:

'Links' oder 'rechts': Selbsteinschätzung der Befragten

Total	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU
6,1	4,3	5,0	6,2	7,1

Anmerkung: Die 'Mitte' liegt hier zwischen den Werten 5 und 6 (Quelle: Harenberg, S. 38)

Zum anderen spiegelt sich dieses linke Selbstverständnis grüner Wähler auch in der Antwort auf die Frage, ob »die SPD dort, wo sich die Möglichkeit ergibt, mit den Grünen zusammenarbeiten« oder »die Zusammenarbeit mit ihnen weiterhin ablehnen« solle, auf die im März 1982 in einer EMNID-Erhebung 70% der Anhänger der Grünen für eine Zusammenarbeit plädierten (zum Vergleich: 55% der SPD-Anhänger/ 24% der CDU-Anhänger), und nur 28% dagegen (SPD: 38%, CDU 69%; Angaben nach Harenberg, S. 49).

Akzentuiert wird dieses linke Selbstbildnis der Grünen noch durch die Ergebnisse einer EMNID-Umfrage gegen Ende Januar 1983, also in der ersten Phase des Bundestagswahlkampfes, der sich durch eine deutliche Re-Polarisierung der öffentlichen Meinung auszeichnet, die einerseits durch die unsozialen Regierungsmaßnahmen der neuen christlich-liberalen Koalition (Mietrecht, Kürzungen im Sozialetat, Forderungen des Arbeitsministers Blüm nach einer 'Lohnpause' für die Gewerkschaften), andererseits durch die sicherheitspolitische Offensive des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel, sich als möglicher Kanzler einer Nichtinstallierung der US-Mittelstrecken-Nuklearraketen zu präsentieren, vorangetrieben wurde. Bei aller beschränkten Aussagekraft von Meinungsumfragen, in denen je nach Institut im Februar an Prognosen für das Abschneiden der Grünen zwischen 3% und 6% ungefähr alles zu haben war, schienen doch in etwa 1 - 2% an bisherigen oder potentiellen Wählern der Grünen eine Stimmabgabe für die SPD zu erwägen. Trotzdem hatte sich die Sympathie innerhalb der grünen Anhänger für eine Zusammenarbeit, gar eine Koalition mit der SPD im Falle knapper Mehrheiten nach der Bundestagswahl eher vermehrt; eine Mehrheit von 85% der grünen Sympathisanten und eine knappe Mehrheit von 50% der SPD-Wähler plädierten für eine mögliche Zusammenarbeit (Tolerierung oder Koalition) von 'rot-grün' gegen die Stabilitätsbedürfnisse des Durchschnitts der Wähler, die zu 55% eine mögliche Zusammenarbeit (Tolerierung oder Koalition) zwischen SPD und CDU/CSU vorziehen (Quelle: SPIEGEL, 7.2.1983):

Frage: Was soll die SPD tun, »wenn die CDU/CSU zwar stärkste Partei wird, aber nicht die absolute Mehrheit hat«, und wenn nur die Grünen, nicht aber die FDP im Bundestag vertreten ist?

	Befragte insgesamt	CDU/CSU- Wähler	SPD- Wähler	Grün- Wähler
»Eine CDU/CSU-Regierung tolerieren«	31 %	50 %	13 %	2 %
»Sich um eine Koalition mit der CDU/CSU bemühen«	24 %	28 %	22 %	7 %
»Selbst eine Minderheitsregierung bilden und sich von den Grünen tolerieren lassen«	13 %	5 %	20 %	20 %
»Sich um eine Koalition mit den Grünen bemühen«	19 %	6 %	30 %	65 %
»Mit den anderen Parteien über Neuwahlen verhandeln«	11 %	9 %	14 %	4 %

Die politische Haltung der grünen Wählerschaft unterstützt also weder die tendenziell sozialistischen 'roten' noch die 'fundamentalistisch' (gesinnungs-)grünen Strömungen innerhalb der grünen Partei. Diese beiden 'radikalen' Strömungen sind aber in der Mitgliedschaft der Grünen, vor allem der 'Gründergeneration', und entsprechend in den Partei- und parlamentarischen Gremien gegenüber der Wählerschaft überrepräsentiert²⁸. Ihre primäre politische Ressource im innerparteilichen Kräfteverhältnis stellen weniger Wählerstimmen und Wählererwartungen dar als ihre anerkannte Rolle als Aktivisten von Bewegungen.

Damit hat sich das Verhältnis der grünen Partei zur sozialen Realität der Bundesrepublik kompliziert: Neben das, wie wir sahen, keineswegs univoke Verhältnis politischer issues und kollektiver Identitäten der Bewegungen zur 'Bewegungspartei' treten die keineswegs identischen Erwartungen der Wähler und der Parteiaktivisten an die mögliche parlamentarische Rolle der Grünen.

(c) *Zur ambivalenten 'Logik' grüner Politik
(Erste Hypothesen zur Zukunft der grünen Partei)*

Die Herausbildung einer neuen (und wider unser Erwarten vierten statt dritten) parteipolitischen Kraft in der BRD stellte einen für die hohe Stabilität westeuropäischer Parteiensysteme nahezu einmaligen Vorgang dar. Vergleicht man das Verhältnis von grünen Erst- zu Zweitstimmen (4,1% zu 5,6%) bei der Bundestagswahl mit der Erststimmenquote der FDP (2,8%), die offenbar nur noch aufgrund von Leihstimmen überlebte, so könnte man fast versucht sein, von grüner 'Stammwählerschaft' zu sprechen: und die »Stammwählerschaft aus Erst- und Wechselwählern« wäre nicht die einzige *contradictio ad adjecto*, zu der die Existenz der Grünen das klassische politikwissenschaftliche Vokabular zwingt. Ein weiteres Paradox ist der Umstand, daß die trotz »Wende in Bonn« außerordentlich hohe Stabilität des grünen Wählerpotentials sich nicht zuletzt als Ergebnis jener Institution der bundesdeutschen Verfassungsordnung begreifen läßt, die eine Etablierung neuer Parteibildungen gerade verhindern sollte: *der 5%-Klausel*. Durch sie nämlich wurden die unterschiedlichsten politisch-ideologischen Strömungen, Protestmotive und *issues* im grünen Parteibildungsprozeß überhaupt erst zu einer Verständigung gezwungen; und dieser *Zwang zur Einheit* stellt auch für die Zukunft ein grundlegendes 'Bewegungsgesetz' grüner Politik (und innergrüner Konflikte) dar.

»Denn dies ist allen klar« - schrieb vor der Wahl Joschka Fischer, inzwischen Fraktionsgeschäftsführer der Grünen (1983, S. 38) - »allein wird es niemand über die 5% schaffen. Andererseits ist es aber genau dieses Prekäre, dieses Ungewisse und doch Mögliche, was den Verein stabilisiert, und ob und wie weit die Grünen ... einen strategischen Wahlsieg geschlossen überstehen, gehört zu den entscheidenden Fragen der Innenpolitik dieser Partei.«

Ist es möglich, darüber hinaus weitere Hypothesen zur Zukunft der Grünen als Bundespartei aufzustellen? Die 'externen' Variablen können wir hier natürlich nicht entwickeln, also Faktoren, die von der Politik der Grünen im wesentlichen unabhängig sind: Kommt ein kurzzeitiger Aufschwung? Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit? Wird im Herbst mit der Dislozierung (wie das schöne Wort heißt) der US-Mittelstreckenwaffen begonnen? Pasiert ein Reaktorunfall? usw. Ebensovienig wagen wir hier Prognosen über das Verhalten

der anderen Parteien und Interessengruppen (Gewerkschaften z.B.). Gleichwohl erlaubt die Synopse der bisher analysierten 'internen' Bausteine der grünen Parteidentität wenigstens eine Angabe von spezifisch grünen Widersprüchen und Entwicklungstendenzen, die die (natürlich von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geprägte) Zukunft der Grünen immerhin *mitbestimmen* oder »überdeterminieren« werden. Der gemeinsame Nenner unserer Hypothesen besteht dabei in Folgendem: *Die gleichen Elemente, die die Entstehung der Grünen, ihre 'Stärke' erklären können, produzieren innerhalb der bestehenden grünen Partei neue Widersprüche.* Zur produktiven Bewältigung dieser Widersprüche aber ist der grüne »Zwang zur Einheit« allenfalls notwendige, nicht aber bereits hinreichende Voraussetzung.

Wir beschränken uns auf drei Hypothesen:

(I) Die gleiche Entwicklung, die die Entstehung der grünen Partei aus den Bürgerinitiativ-, Ökologie- und Alternativbewegungen heraus notwendig macht, führt zwangsläufig zu einer *Verselbständigung* der Partei gegen diese Bewegungen. Diese Verselbständigung sollte nicht nur als Gefahr, sondern auch als Chance gesehen werden.

(II) Die Ausweitung und Konsolidierung der grünen (Aktivisten- wie Wähler-) Basis war auf ideologischer Ebene von der zunehmenden Verallgemeinerung des ökologischen Protests zum »Prinzip Leben« begleitet, das einen »einfachen« Brückenschlag zur Friedensbewegung erlaubte. Diese zunächst der Akkumulation von Konsens förderliche »Einfachheit« des grünen »Mythos« macht allerdings auch seine Ambivalenz aus, die zum Hindernis eines für die Grünen lebensnotwendigen kulturellen Pluralismus ebenso werden kann wie grüne Politikformulierung dadurch erschwert würde, daß dieser Mythos nicht »säkularisiert« wird.

(III) Das grüne Prinzip der »Basisdemokratie« ist erklärbar und verständlich als Kritik an den Grenzen der bürokratisierten und volksparteilich gefilterten Version von Mehrheitsentscheidungen der repräsentativen Demokratie in »diesem unserem Lande«. Es stellt aber weder eine globale Alternative zur repräsentativen Demokratie und zum Mehrheitsprinzip dar, noch ein »*passé-partout*« für Entscheidungsprobleme innerhalb der Grünen selbst.

(zu: I)

Daß sich der 'Sachzwang' zur grünen Partei auch aus den Grenzen der Bürgerinitiativen erklärt, wurde bereits gezeigt: Die Politik von BIs hat nur Erfolg bei der *Verhinderung* lokaler konkreter Entscheidungen. Darüber hinaus - etwa bei Großprojekten - sind sie ebenso wie lokale Wählergemeinschaften systematisch überfordert, da sich ihre Politikform in der 'Arena' Implementation/Verwaltung/Betroffene erschöpft. Die von der Ökologiebewegung aufgeworfenen Fragen reichen aber über den Horizont der bloßen Verhinderung hinaus; selbst die Verhinderung des Atomprogramms hat zur Voraussetzung die Durchsetzung eines anderen Energie- (Verkehrs-, Industrie-) Programms. Die Verallgemeinerung des ökologischen Protests involviert das gesamte Wachstumsmodell (auf dem auch das bisherige Muster keynesianischer Globalsteuerung, gesellschaftlicher Kompromißbildung und politischer Entscheidungsfindung beruhte; s. Vobruba 1979). Die Entstehung der grünen Partei ist also Indiz dafür, daß die (notwendige) Organisierung bloßer *Veto*-Macht der Komplexität des Konfliktfeldes nicht angemessen ist (zur komplexen Entscheidungslogik energiepolitischer Alternativen s. Elster 1979); die Etablierung und die prekären Ansätze politisch-programmatischer Identitätsfindung der Grünen wären demnach erste Schritte auf dem keineswegs linearen Weg von der bloßen Verhinderungsmacht (»Prinzip Bewah-

rung») zur Änderungs- oder Vorschlagsmacht. Die politische Ökologie zielt auf durch Staatsintervention und politische Steuerung bereits strukturierte Konfliktarenen und Einsätze, keineswegs auf bloße Marktprozesse (s. Fetscher 1982).

Eine ähnliche Überforderung gesellschaftlicher Protestbewegungen ließe sich auch an der sogenannten »Gewaltfrage« aufzeigen: sowohl im Verhältnis zur Verfassungsordnung (Legalität und Legitimität), als auch bezogen auf die von der Friedensbewegung in Anspruch genommenen Werte und ihre Realisierungsbedingungen. Die Friedensbewegung wird auch ihre unmittelbaren Handlungsziele (»Keine Stationierung neuer Nuklearwaffen!« »Freeze«) nur durch gleichzeitiges Durchsetzen alternativer Imperative in der Sicherheitspolitik erreichen können.

Der hier nur angedeutete Prozeß der Überschreitung solcher Grenzen kollektiver Bewegungen durch die Herausbildung der grünen Partei führt aber zu einem neuen Widerspruch, der sich aus der zwangsläufigen Entmischung zweier Logiken kollektiver Aktion ergibt: der von sozialen *Bewegungen* »grüner« und »alternativer« Prägung einerseits (die nur *eine*, allerdings nicht zu unterschätzende Ressource der Grünen darstellen) und der der grünen *Partei*, ihrem Bedürfnis nach politischer Identität, andererseits. Um beim letzten Beispiel (»Gewaltfrage«, Friedensbewegung) zu bleiben, kann die gemeinsame, wenngleich innerhalb der Grünen durchaus unterschiedlich begründete »Säule« Gewaltfreiheit (die mitunter in der Berliner Ausnahme, der AL, zu absurden Kontroversen führt) funktional aus dem Bedürfnis (oder auch Zwang) für die Grünen erklärt werden, innerhalb (oder gegenüber) verschiedenen gesellschaftlichen Konflikten gleichwohl politische Konsistenz in der Aktion zu behalten, bzw. sie erst zu erreichen.

Aber es sei sogleich davor gewarnt, hier nur in neuen Farben den klassischen Widerspruch von (Klassen-)Bewegung und parlamentarischer Partei wiedererkennen zu wollen, wie er aus dem Reformismusstreit der Arbeiterbewegung überliefert ist (s. Przeworski 1980): Während in der Arbeiterbewegung der klassische Vorwurf an die parlamentarisierte reformistische Partei darin bestand, daß sie die *Eindeutigkeit* der Klassenidentität und Klasseninteressen durch parlamentarische Konflikte aufweiche, läßt sich von einer *einzig* eindeutigen Identität »postindustrieller« Sozialbewegungen gerade nicht mehr sprechen (s. Touraine 1982, Melucci 1982). Daher werden die Grünen als parlamentarische Kraft ihre politische Identität immer weniger aus ihrer »Delegation durch die Bewegung« schöpfen können: Denn die *Bewegungen* wollen weder umstandslos vertreten werden, noch produzieren sie in ihrer *Pluralität* und Polyvalenz eindeutige Richtlinien. Umgekehrt aber werden die Grünen im parlamentarischen Prozeß verstärkt auf eine autonome politische Identität angewiesen sein, um in wechselnden politischen Entscheidungslagen gleichwohl eine eigene Linie zu verfolgen.

Das Paradox der Grünen als Partei besteht also darin, daß sie, *je weniger* sie faktisch über die Identifikation mit den vielfältigen Bewegungen (und deren Zeithorizonten und Lebensdauer) verfügen können, gleichzeitig - unter den Bedingungen ihrer »negativen Integration« ins politische System - *umso mehr* darauf angewiesen sein werden, ihre politische Identität als »Bewegungspartei«, als gegenüber den etablierten Parteien »alternative« usw. Kraft zu stabilisieren. Die bisherigen Lösungsversuche dieses Widerspruchs - »Anti-Parteien-Partei«, »Partei neuen Typs« usw. - sind bestenfalls Formelkompromisse, schlechtestenfalls Ideologie. Denn: Sollten sich die Grünen auf dieser ihrer Entstehungsgeschichte ausruhen, sollten sie sich auf ihre »Bewegungsrente« verlassen, so stünde ihnen das Gesetz abnehmender Erträge ins Haus.

Die mögliche *Chance*, die in einer Situation der Offenheit gegenüber den Bewegungen, aber gleichzeitig der Autonomie von ihnen bestünde, läßt sich auch verstehen als Aufgabe für die Grünen: aus der Situation »negativer Integration« in die Parteiendemokratie heraus effektive Formen der Intervention in den politisch-institutionellen Prozeß zu entwickeln, zu denen die großen Volksparteien aus ihrer Schwerfälligkeit, dem Trägheitsprinzip ihrer Kompromißstrukturen heraus gerade nicht fähig sind.²⁹ Dabei mögen außerparlamentarische Bewegungen durchaus »Standbeine« sein, die Richtung jedoch, in die die Grünen gehen wollen, werden sie selber bestimmen müssen.

(zu: II)

Abgesehen vom hohen emotionalen Anrufungswert des »Prinzips Leben« verdankt sich die Ausbreitung der grünen »Lebensideologie« politisch vor allem der Begegnung (und »positiven Rückkoppelung«) von Ökologie- und Friedensbewegung mit dem gleichzeitigen Parteibildungsprozeß der Grünen. Für die Grünen als politische Bewegung funktionierte »Prinzip Leben« im klassischen Sinne George Sorel's (*Réflexions sur la violence*) als Mythos: sowohl als Aktivierung politischen Willens - also als Ressource von Militanz - als auch als Neudefinition der Gegensätze des politischen Feldes: als ökologischer »Begriff des Politischen«, in dem sich Elemente konservativer Zivilisationskritik und antikapitalistischer Protest in gemeinsamer Gegnerschaft zu Industrialismus, Technokratie und Bürokratie mischen konnten. Die hochgradige Vagheit des »Mythos Leben« und gleichzeitig seine appellative Pseudokonkretheit war für die Grünen dabei im doppelten Sinne zunächst von Vorteil: zum einen als Identitätsressource und Integrationsklammer der Partei, zum anderen aber auch als Faktor der Akkumulation von Konsens (Anhängern, Wählern) über das klassische linke Lager hinaus. Natürlich wird die grüne Partei dadurch keine 'rechts' und 'links' gleichermaßen wachsende Partei, wie wir schon an ihrer Entstehungsgeschichte zeigen konnten, eher zu einer »linken Öko-Partei« (J. Fischer). Dennoch ist der Umstand, daß die Grünen (auch im eigenen Selbstverständnis) die politischen Polaritäten von 'rechts/links' gerade *nicht* aufheben, sie aber durch *neue* Parameter anreichern und *um*-definieren, sicher ein für die relative Stabilität ihrer Wählerschaft verantwortlicher Faktor - jedenfalls im Vergleich zur Erosion der bloß »industrialistischen« Linken, also weiter Teile der sozialdemokratischen Wählerschaft bei der Bundestagswahl.

Wir wollen damit die These vom irreversiblen 'Paradigmenwechsel' im 'rechts/links' Horizont (s. Anm. 19) nun keineswegs übernehmen: Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, die autoritär-politischen wie die wirtschaftsliberalen Züge der »Wende« werden im Gegenteil sehr wohl neben den »neuen« Wertbezügen der Ökologie, Brüderlichkeit, Konvivialität u.ä. (»Lebensweiseparadigma«) auch die klassischen Verteilungsfragen (Gerechtigkeit) und die Verteidigung der liberalen Freiheitsrechte zu zentralen Achsen der kommenden politischen Konflikte und möglichen Kompromisse in den Vordergrund treten lassen. Sowohl von den strukturellen Problemvorgaben der Politik, als auch von der »kulturellen Zusammensetzung« wachsender Teile der Wählerpopulation her werden also die 80er Jahre von zunehmender Komplexität des politischen Feldes, von einem *mix* »alter« und »neuer« Konflikte, issues und Wertorientierungen geprägt sein. Die »Gattungsfrage« wird die »Klassenfrage« ebensowenig ablösen, wie die Klassenfrage die Verteidigung der Demokratie überflüssig gemacht hat. Mit einem Wort: Die *Ambivalenz* des »Mythos Leben« wird offenkundiger werden. Hier nun könnte die Versuchung auftreten, dieser Ambivalenz durch größere ideologische Geschlossenheit zu begegnen, die Grünen »fundamentalistisch« (oder »so-

zialistisch«) eindeutiger machen zu wollen. Eine solche Entwicklung würde die Grünen zur Sekte verkümmern lassen, da sie die bereits bestehende soziale, politische und ideologische *Pluralität* innerhalb der Grünen und ihrer Anhängerschaft würde beschneiden müssen. (S. auch die Bemerkungen Raschkas zum notwendige Pluralismus einer - wie er es nennt - ökologischen »Rahmenpartei«, 1983, S. 63).

Ist doch schon heute neben die Pluralität der Bewegungen schon die Pluralität der Erwartungshorizonte der *Wählerschaft* getreten. Die überraschend hohen Ergebnisse der Grünen in nordrhein-westfälischen Industriestädten mit hohen Arbeitslosenzahlen (Dortmund, Oberhausen) z.B. sind gleichzeitig neue Ansprüche an die grüne Politik. Neben grüne »Stammwähler« aus »postmaterialistisch« orientierten Mittelschichten treten offenbar junge Arbeiterwähler (oder Arbeitslose). Aber auch Vertreter »neuer« Protestpotentiale wollen sich in der Regel nicht einfach mit einem bloßen »Paradigmenwechsel« von alten zu neuen Zielen (saubere Umwelt *statt* Vollbeschäftigung z.B.) zufrieden geben: Sie wollen materiellen Wohlstand *und* soziale Sicherheit, politische Freiheit *und* Stabilität der Sozialordnung, mehr Zeit zur »Selbstverwirklichung« *und* Dauerstellen ... Statt von einem generellen »Wertewandel« wird man also für die Entwicklung politischer Kultur eher (wie dies Herbert Kitschelt in einem Diskussionspapier formuliert hat) von *Wertedifferenzierung* sprechen müssen.

Eine solche Pluralität von Erwartungen wird die grüne Partei nur verarbeiten können, wenn sie ihre eigene politische Identität nicht ideologisiert, zu einer Ersatzweltanschauung »natürlichen Lebens« ausbaut (Maren-Grisebach 1982), also die Züge verstetigt, die in der grünen Geschichte am ehesten neo-orthodoxen religiösen »Erweckungsbewegungen« gleichen (Berger 1980, S. 80 ff. und *passim*), sondern wenn sie sich »säkularisiert«.

(zu: III)

Die grüne Partei ist entstanden aus der Kritik an der undemokratischen Funktionsweise der repräsentativ-parlamentarischen Ordnung der BRD, die in ihren Lebensinteressen »betroffene« Bürger bei technologischen Großprojekten und dem Atomprogramm der Bundesregierung zu »strukturellen Minderheiten« machte. Die Etablierung der Grünen als bundespolitischer parlamentarischer Partei und der Zwang zu Erfolgen in der Gesellschaftsreform (s. Fetscher 1983) führt aber die Grünen unweigerlich in den Horizont des Mehrheitsprinzips. Die neuerlich wieder verstärkt aufgekommenen Diskussionen über die »Grenzen des Mehrheitsprinzips« (Offe 1982a, Guggenberger 1982, Berger/Kostede 1983) sind hier nicht frei von Mißverständnissen, die auch damit zusammenhängen, daß sie die bereits erwähnte Differenz zwischen der bloßen Verhinderungspolitik lokaler BIs und der Entwicklung der grünen Partei nicht beachten. Die Herausbildung grüner *Veränderungsmacht* ist - im Unterschied zur bloßen *Veto-Macht* - langfristig auf die Suche nach »neuen Mehrheiten« angewiesen. Auch die Einführung institutioneller Veränderungen durch plebiszitäre Elemente (Referenden, Veto-Quoren) in die »Mehrheitsdemokratie« (Berger/Kostede) bleibt darauf angewiesen, wenigstens für die »Entscheidungen über die Entscheidungen«, (also die Frage, wann Mehrheitsentscheidungen gelten sollen, wann sie sich repräsentativer und wann direkt-plebiszitärer Verfahren bedienen sollen etc.) neue Mehrheiten zu finden. Die *indirekte*, parlamentarische Demokratie als Legalitäts- *und* Legitimitätshorizont grüner oder linker Reformpolitik (die übrigens keineswegs identisch ist mit dem Mehrheitsprinzip, s. Bobbio 1981) ist zudem die einzig denkbare politische Rahmenform, für Zeiten wachsender Komplexität und Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Interessen-

konflikte und Wertorientierungen (s.o.), da sie (abgesehen von den »formaldemokratischen« Spielregeln) eben *keine* werthafte »Homogenität des Volkskörpers« zur Voraussetzung hat, sondern den *Polytheismus der Werte* (M.Weber) und die *Polykratie von Interessengruppen* (O.Kirchheimer). Deswegen ist sie natürlich noch lange nicht in jedem Falle erfolgreich, wie sich an der »Neokorporatismus«-Analyse zeigen ließe. Für Linke und für die Grünen bleibt gleichwohl keine Alternative zur Kombination aus gesellschaftlichen Machtfaktoren - Veto-Macht, politischer Tausch - und der Beeinflussung parlamentarischer Mehrheiten, die nicht zuletzt auch die Implementation demokratischer Entscheidungsverfahren zum Gegenstand haben sollten.

Alle Verfahrensdiskussionen führen außerdem nicht am politischen Problem vorbei, wie »grüne« Interessen gegen Mehrheitsinteressen wachstumsabhängiger Schichten durchgesetzt werden können.

Für die *innerparteiliche* Entwicklung der Grünen dagegen ist die plebiszitäre Komponente der »Basisdemokratie« ebenfalls nicht widerspruchsfrei. Als Prinzip der *Kommunikation* der grünen Partei »nach außen«, der offenen Flexibilität gegenüber nicht-parteilichen Initiativen und Bewegungen sollte sie eher noch verbessert, weiterentwickelt werden. Als innerorganisatorisches *Entscheidungsverfahren* birgt sie dagegen etliche Gefahren der Nivellierung des kulturellen und politischen Pluralismus des grünen Spektrums in sich, in der sich die »Diktatur des Konvents« (Hoplitschek 1983), der »Basisbürokratie« (J. Fischer) gegenüber dem Austragen offener Konflikte und der Vernetzung mit gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und funktionalen »Spezialismen« durch Konsenszwang als perverse Form des grünen Zwangs zur Einheit durchsetzen könnte.

Zwei wertende Schlussfolgerungen

Es versteht sich, daß die oben angerissenen Hypothesen in praktischer Absicht formuliert wurden, d.h. als Beitrag zur grünen Diskussion, um eigene Widersprüche erkennen und bewältigen zu können, um selbstgebaute »Fallen« auch selbst wieder abbauen zu können. Darum wollen wir unsere »Moral von der Geschichte« kurz in zwei Schlussfolgerungen bündeln, die die Stoßrichtung des Artikels zusammenfassen. Wir wenden uns *gegen* zwei sowohl analytisch undifferenzierte als auch politisch falsche Lesarten des politischen Problems »Grüne«:

- gegen ihre movimentistische Lesart als »Bewegungspartei«,
- gegen ihre bloß kumulative Addition zum »Block der fortschrittlichen Kräfte«, die zu einer »Volksfront«-Deutung der angestrebten »rot-grünen« neuen Mehrheit führt.

Wir plädieren stattdessen *für*:

- das Bewußtsein der realen Pluralität und Konfliktualität der »neuen sozialen Bewegungen« einerseits als auch der spezifisch politischen Widersprüche der grünen Partei andererseits,
- einen nicht »hegemonialen«, sondern konfliktorischen Begriff des politischen Kompromisses und der demokratischen Bedingungen der »Regierbarkeit«.

Anmerkungen

Anmerkungen zur Einleitung

- 1 Der Begriff der »Partei neuen Typs« ist allerdings ziemlich unscharf, wenn man bedenkt, daß jede neue Parteikonzeption in der Arbeiterbewegung – von Lenin bis Togliatti – mit diesem Ausdruck eingeführt wurde, wobei hinter dem gleichen Begriff völlig unterschiedliche »neue« Parteitypen (von der Kaderpartei bis zur Massenpartei) stehen. In einem Interview mit dem »Argument« (N. 124/1980) spricht Offe von der grünen Partei sogar als »einer sozialistischen kleinen Partei neuen Typs« für eine »im wörtlichen Sinne« bunte soziale Basis. Ob die an gleicher Stelle als positives Vorbild erwähnte KPI ihre Fähigkeit zu Ansätzen eines »hegemonialen Vereinheitlichungsprozesses« unterschiedlicher sozialer Milieus allerdings ohne die von Offe kritisierten Tendenzen zur »Sozialdemokratisierung« noch aufrechterhalten könnte, sei dahingestellt (S. 817). (Wenn wir uns hier und im folgenden bisweilen zu den Analysen von Claus Offe kritisch äußern, so nicht zuletzt deshalb, weil er einer der wenigen linken Sozialwissenschaftler der Bundesrepublik ist, der den von der 'grünen' und 'alternativen' Bewegung aufgeworfenen politischen Problemen von vornherein theoretische Analysen gewidmet hat, die sich um eine differenzierte Einschätzung des 'grünen' Phänomens bemühen.)
- 2 Vgl. dazu ausführlich Tarozzi, S. 145ff.
- 3 Auch hier ist die Terminologie einigermaßen konfus. *Rätedemokratie* wurde, sei es in der leninistischen, sei es – a fortiori – in der anarchosyndikalistischen Tradition, immer als *Gegensatz zur Partei* verstanden, allenfalls in der linkssozialistischen Tradition (Max Adler) als ihre 'funktionale' Erklärung, nie aber als die politische Form kollektiver Willensbildung in der Partei selbst. Der Begriff der Rätedemokratie scheint dagegen neuerlich zu einem ebensolchen »passpartout« zu verkommen, wie der der »Basisdemokratie«.
- 4 Vgl. dazu allgemein Melucci 1977; für kollektive Bewegungen s. Rammstedt 1978, Melucci 1982; zu Parteien s. das erste Kapitel von Pizzorno 1980, sowie Pasquino 1980, speziell zu Kleinparteien das erste Kapitel von Stöss 1980.

Anmerkungen Teil I

- 1 Verwiesen sei hier nur auf die Arbeiten von Kitschelt (1979, 1980 a,b), Rucht (1980, 1981, 1982), wo die weitere Literatur verzeichnet ist. Für das Muster der »Eskalation« des politischen Protests s. Brand 1982, S. 186ff; für den Unterschied der 'Logik' von Bürgerinitiativen zu der der grünen Partei s. allgemein Leinen 1982 (sowie unten Teil III.). Für italienische Analysen zur bundesdeutschen Umweltbewegung s. die Arbeiten von Barbi und Tarozzi.
- 2 s. als jüngstes Beispiel den Protest der Darmstädter »Aktionsgemeinschaft Umweltschutz« gegen das »Lobby-Verhalten« des BBU und seiner Führungsgruppe. Die Austrittserklärung der Darmstädter Aktionsgemeinschaft aus dem BBU sowie ein Interview mit BBU-Vorstandsmitglied Jo Leinen sind in der »TAZ« vom 7.12.1982 abgedruckt.
- 3 Auf diese bisher ausführlichste Studie über die grüne Partei (Klotsch/Stöss 1983) sei auch für die folgenden Ausführungen ausdrücklich verwiesen.
- 4 Für die Einflußversuche von Neofaschisten auf die Umweltbewegung s. Stöss 1978 und den Exkurs »Rechtsextremismus und Umweltbewegung« im Abschnitt C. von Klotsch/Stöss, der die Versuche rechtsextremistischer Einflußnahme detailliert aufführt und vor allem auf ideologische Affinitäten rassistischer und naturalistisch-organischer Gesellschaftsbilder hinweist. Klotsch und Stöss kommen daher zu dem Resultat: »Das Verhältnis von Rechtsextremismus und Umweltbewegung bzw. Umwelparteien und Listen darf insgesamt nicht allein im Lichte der Mitarbeit

- rechtsextremistischer Aktivisten gesehen werden. Die Abgrenzungsdiskussion muß sich vielmehr vor allem auf Affinitäten und Berührungspunkte von antidemokratischen Ideologien und antiindustrialistischen Öko-Leitbildern konzentrieren.« Diese aber finden sich keineswegs alleine im klassisch 'rechten' grünen Spektrum, sondern auch in »Gemeinschafts- gegen Gesellschafts«-Vorstellungen der »Dritten Weg«-Grünen (vgl. dazu Stöss 1979 und 1980) und der Übertragung romantischer Naturmystik auf gesellschaftliche Konflikte etwa bei M. Maren-Grisebach 1982 (zur Kritik s. Kallscheuer 1983).
- 5 Diese Position erinnert deutlich an die eingangs zitierten Thesen von Wolf-Dieter Narr.
 - 6 Vgl. das ausführliche Interview »Zwischen den Fronten« mit August Haußleitner, das in der von der Berliner AL herausgegebenen Broschüre (o.J., aber erschienen 1980) »Perspektiven der Grünen, Bunten und Alternativen«, S.72-81 abgedruckt ist.
 - 7 Nach Huber (1979, S.139) soll die »Anthroposophische Gesellschaft Deutschlands« um die 60.000 Mitglieder zählen. Natürlich sind nicht alle der lebensreformerischen »Steiner-Schule« angeschlossenen Initiativen gleichzeitig politisch in Bürgerinitiativen oder gar parteipolitisch aktiv. Das anthroposophische Netzwerk stellt jedoch eine wichtige Ressource für Mitglieder, Gelder und auch Ideen der grünen Bewegung dar. Über diese materiellen und ideellen Ressourcen informiert der zitierte Artikel von Josef Huber ausführlich.
 - 8 Nach Klotsch/Stöss zielt im Gegensatz zur Parteienorientierung der AUD »die Bündniskonzeption der vor allem in Baden-Württemberg einflußreichen »Achberger«, die gleichfalls Vertreter kommunistischer Parteien ausgegrenzt sehen wollen, auf ein diskursives Nebeneinander der verschiedenen Gruppen, Strömungen und Interessen der Bewegung« (s. Abschnitt C. ihrer Studie).
 - 9 s. dazu Horacek 1982, S.120-130; C. Amery 1980, S.17 kommt zur Faustregel: »Die Linke war und ist um so eher bereit, sich der grünen und alternativen Bewegung anzuschließen, je humanistischer sie ist.« *Ökologischer Humanismus* oder *Öko-Sozialismus* werden so zu linken Markenzeichen der Grünen, die in der Öffentlichkeit die rechten Symbole *Öko-Faschismus* oder *Überlebensdiktatur* zunehmend verdrängen.
 - 10 Ausführlich dazu s. Stöss 1980, S.266-275
 - 11 Einen politisch-ideologisch repräsentativen Überblick über das '*Rechts bis Undogmatisch Links*' angesiedelte grüne Spektrum zwischen Europawahlen 1979 und Bundestagswahlen 1980 bieten etwa die Beiträge des von Lüdke/Dinné (1980) herausgegebenen Sammelbandes »Die Grünen«, dessen Autoren von Holger Strohm (ehemals Spitzenkandidat der Hamburger »Bunten Liste«, der sich von ihr wegen der Einflüsse des marxistisch-leninistischen »Kommunistischen Bundes« getrennt hatte) bis Herbert Gruhl und Baldur Springmann reichte. Diese grüne Ökumene hat indes das Jahr 1980 nicht überlebt.
 - 12 Die wichtigsten Etappen zur Bildung der Bundespartei waren:
 - Der Offenbacher (für die Bunten/Alternativen) »Offene Programmkongreß« im Nov. 1979; Beschluß der Präambel;
 - die »Gründungsversammlung« der Bundespartei *Die Grünen* in Karlsruhe im Januar 1980 (bei der die bunt/alternativen »autonomen Delegierten« kein Stimm- und Rederecht erhielten, ihre Beteiligung an zukünftigen grünen Landesverbänden dagegen offengelassen wurde);
 - der »Programmparteitag« der Grünen in Saarbrücken, auf dem das heute noch gültige »Bundesprogramm« verabschiedet wurde (wegen dessen allzu »sozialistischer« Orientierung Herbert Gruhl nicht mehr für den Bundesvorstand der Partei kandidierte);
 - der »Wahlparteitag« der Grünen in Dortmund im Juni 1980, der die Teilnahme der Grünen an der Bundestagswahl und die (in »radikalen« Formulierungen etwas abgemilderte »Wahlplattform«) beschloß.
 - 13 Die wichtigsten programmatischen Dokumente sind die i.J. 1980 beschlossenen:
 - »Präambel zur Satzung der Partei«,
 - »Bundesprogramm«,
 - »Wahlplattform zur Bundestagswahl«. (Die beiden letzten Dokumente in: Lüdke/Dinné 1980, S.211-264). Vgl. ihre ausführliche Interpretation im Abschnitt B. *Ideologie, Programm, Prä-*

xis der Studie von Klotsch/Stöss sowie die Kritik im »Editorial« der Zeitschrift »Prokla« N.39 (1980), S.7-14 und neuerdings den bissigen Kommentar von Th. Schmid (1983).

Heute müssen außerdem dazu gezählt werden:

- »Friedensmanifest der Grünen« (Dez. 1981)
- »Wirtschaftsprogramm der Grünen« (Jan. 1983).

- 14 s. Anm. 12: Die Karlsruher »Gründungsversammlung« hatte die »Hintertür« unterschiedlicher Regelungen bei der Bildung von Landesverbänden offengelassen.
- 15 d.h. der Gründung der ÖDP.

Anmerkungen Teil II

- 1 Nach Huber (1980, S.44ff.) finanzieren sich nur knapp 40% der Alternativprojekte überwiegend aus eigenen Erlösen, wohingegen die restlichen 60% vornehmlich aus verschiedenen Subventionsquellen finanziert werden, sei es überstaatliche oder para-sozialstaatliche Töpfe (etwa Kirche), sei es durch Eigensubvention (im Jargon: »Selbstausschüttung«): »Ohne Sympathisantenmarkt würde alles zusammenbrechen.« Ohne auf Josef Hubers eigene 'dualwirtschaftliche' Interpretation der ökonomischen Zukunft der alternativen Ökonomie einzugehen, sei hier nur bemerkt, daß bei vielen Projekten der 'Run auf die Staatsknete' schon daher seinen ökonomischen (und politischen) Sinn macht, daß sie in der Tat im psycho-sozialen, Gesundheits-, Ausbildungs- und sozialpolitischen (z.B. Frauenhäuser) Bereich Antworten auf charakteristische Defizite des bürokratischen Sozialstaats darstellen.
- 2 Die intermediäre Szene, die sich *kulturell* »in einem Übergangsfeld zwischen etablierten und subkulturellen Milieus« ansiedelt (Huber 1980, S.73, siehe auch S. 97ff. die hübsche sozialpsychologische Charakterisierung solcher 'Drehpunktpersonen'), erfüllt auch *politisch* eine wichtige »sowohl transformierende als auch integrative Funktion, indem sie den Gegensatz antagonistischer Werte und Politikkonzepte abschwächt« (Rucht 1981, S.396). Sie macht also issues der alternativen Protestpotentiale und nach Rucht auch ökologischer Initiativen im etablierten 'politischen Markt' zu Verhandlungsgegenständen. »Diese Funktionen kann sie nur erfüllen, wenn sie (a) eine gesellschaftlich relevante Trägerschaft aufweist, (b) nach beiden Seiten offen bleibt und einen ständigen Diffusionsprozeß ermöglicht und (c) einen relativ stabilen Kern bewahrt« (ebda).
- 3 Der wichtigste Financier und Kreditgeber von Alternativprojekten ist ebenfalls ein solches: Die 1978 in Berlin gegründete »Netzwerk GmbH«. In der Galaxie der Alternativprojekte entwickeln sich angesichts wachsender ökonomischer Schwierigkeiten 'zwei Logiken alternativer Aktion': Die eine, u.a. auch vom 'Netzwerk' vertreten, geht stärker in Richtung auf Professionalisierung und arbeitet nach wirtschaftlichen Prinzipien, so daß man von neuen Formen 'alternativen Unternehmertums' sprechen könnte (s. Tornow 1982). Die andere widersetzt sich dem 'Geist des Kapitalismus', betont Gemeinschaftsaspekte und stellt die Utopie der Einheit von Leben und Arbeit über die 'Sachzwänge' von Rentabilität, Profit, Arbeitsteilung. Daß sich beide Stränge trotz heftigster Polemiken allerdings nicht völlig voneinander trennen, mag daran verdeutlicht werden, daß die hochprofessionalisierten, z.T. schon in kleinen Handelsketten organisierten *Bio-, Öko- oder Peace-food*-Lebensmittelläden auf einen Markt von Konsumenten mit starken 'Anti-Technik'-Affekten angewiesen sind. (Dazu Huber 1980; und Barbi, S.78ff.)
- 4 So gibt es im Berliner Häuserkampf inzwischen eigene informelle Funktionsgruppen von 'Verhandlern' und sozusagen stellvertretende Interessengruppen und Lobbies sogenannter 'Patengruppen' für besetzte Häuser, die als Urbanisten, Architekten, Pfarrer, Gewerkschaftsgruppen größtenteils der 'intermediären Szene' zuzuordnen sind. Man könnte insofern von einem *informellen* 'politischen Markt' sprechen, der allerdings (wie sich derzeit im Berliner Häuserkampf zeigt) von seinen Einflußmöglichkeiten und Erfolgen nicht nur abhängig ist, sondern ihnen seine Existenz verdankt und andernfalls eingeht. Dasselbe Schicksal teilt er allerdings mit anderen politischen Märkten, deren bekanntester das 'neokorporatistische Dreieck' ist.

- 5 Hierzu ist etwa *auch* ein Großteil der 'Gewalt'-Phänomene etwa im Berliner Häuserkampf zu rechnen, die weniger das Ziel haben (können), die Staatsgewalt 'in die Knie zu zwingen', als der Selbstaffirmation einer institutionell nicht anerkannten sozialen Bewegung zu dienen, was natürlich ihre Instrumentalisierung durch Polizei- oder selbsternannte 'Bewegungs'-Strategen nicht ausschließt (s. etwa die Ende 1981 in der *scene* zirkulierende Broschüre zur »guerilla diffusa«).
- 6 oder gar zur Perspektive *einer* zukünftigen sozialen Bewegung im Sinne Touraines
- 7 In diesem Sinne versteht etwa die Frankfurter Sponti-Szene (um die Zeitschrift »Pflasterstrand«) und ihre Wortführer Dany Cohn-Bendit und Joschka Fischer ihr Engagement für eine 'Realpolitik' der grünen Partei. Die Radikalität der sozialen Bewegungen und der von ihnen geforderte parlamentarische Reformismus der Grünen müssen gerade - so Dany Cohn-Bendit in einer Diskussion der 'Sponti-Wählerinitiative für die Grünen' am 17.1.1983 - personell und funktionell voneinander *getrennt* bleiben, damit die Bewegungen ihre Autonomie nicht verlieren. Ein Verständnis der parlamentarischen Vertretung als 'verlängerter Arm' der Bewegung dagegen werde zum Bumerang: Dann nämlich schlage die Parlamentspartei als Kontrollinstanz auf die Bewegung zurück.
- 8 S. dazu die Beiträge in Hoffmann-Axthelm u.a. (1978)
- 9 Es handelt sich vor allem um:
- die in Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen 1978 kandidierende *Bunte Liste-Webrt Euch. Initiativen für Demokratie und Umweltschutz* (BLW), die damals 3,5% erhielt, in der Folge aber an inneren Differenzen zerbrach;
 - die *Grüne Liste Hessen* (GLH), die bei den Hessischen Landtagswahlen 1978 1,1% erhielt;
 - die *Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz-Bremen* (AL), die bei den Bremischen Bürgerschaftswahlen 1979 1,4% erhielt;
 - die *Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz* (AL), die in Berlin bei den Abgeordnetenhauswahlen 1979 3,7% und 1980 7,7% erhielt;
- sowie eine Reihe kommunaler und lokaler Listen. (Vgl. dazu ausführlich die Darstellung von Klotsch/Stöss 1983, Teil C.3.) Ein zum Konstituierungsprozeß der »Grünen« im Zeichen der Europawahl alternativer Koordinierungsversuch der bunten/alternativen Listen scheiterte nicht nur am »Sog« der Grünen, sondern nicht zuletzt am wechselseitigen Mißtrauen der linken Führungsgruppen der beiden größten dieser Listen in Hamburg und Berlin, die aus zwei ehemals konkurrierenden marxistisch-leninistischen Kleinparteien (in Hamburg: »Kommunistischer Bund«, in Berlin »KPD«) kamen. Während sich dann in Berlin die »KPD« in die AL auflöste, kam es in Hamburg über die Frage des Verhältnisses von Grünen und Alternativen zur Spaltung des »Kommunistischen Bundes«, dessen eine Fraktion sich der grünen Partei anschloß. Ein Dokument des innerhalb der Alternativen geführten Diskussionsprozesses über die Frage der Grünen ist etwa die von der Berliner AL herausgegebene Broschüre »Perspektiven der Grünen, Bunten und Alternativen«, Berlin, o.J. (1980).
- 10 Rudi Dutschke hat sich dieser Hypothese allerdings nie angeschlossen, sondern von Anfang an die Bildung der grünen Partei bei den Europawahlen, aber auch bei den Bremischen Bürgerschaftswahlen (gegen die dortige AL) unterstützt. (Vgl. die Schilderung bei Horacek 1982, S. 120-128). Er war der erste Theoretiker der antiautoritären Linken, der die *politische* Bedeutung des grünen Phänomens von vornherein begriff!
- 11 Etwa 22% der Berliner Wahlbevölkerung sind gewerkschaftlich organisiert! Diese und die folgenden Angaben aus einer Analyse der Berliner Wahlen von 1981, die am »Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung« der Freien Universität Berlin vorgenommen und in ersten Ergebnissen kurz nach der Wahl auf einer Diskussionsveranstaltung im Fachbereich Politische Wissenschaft von Lilian Klotsch, Horst Schmolliger und Richard Stöss vorgestellt wurde: Die AL hat (gegenüber den Wahlen von 1979) sowohl in Gebieten mit problematischer Wohnsituation als auch in bürgerlichen Stadtbezirken gewonnen. Nach 'sozio-ökonomischen Typen' rekrutiert sie ihre Wähler etwa zu je einem Drittel im Arbeiterbereich, im Bereich gewerkschaftlich organisierter Beamter und Angestellter und im Bereich der 'Alten Mitte' (s. dazu unten Teil III.). 38,2% ih-

rer Anhänger sind von 18-24 Jahre alt, 28,8% von 25-29 Jahren. Eine ausführliche, von H.-D. Klingemann und D. Herzog geleitete Studie wurde Anfang 1983 der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. den Bericht im »FU-info« 4.2.83). Sie ist vor allem aufschlußreich über die erhebliche Differenz politischer Orientierungen zwischen jüngerer und älterer Wählerschaft, über die vor allem für die SPD verhängnisvolle Erosion der industriellen Arbeiterschaft und über die besonderen »Protestwahl«-Faktoren der Abgeordnetenhauswahl 1981 nach dem Auffliegen des Garski-Skandals (die vor allem zu Lasten der regierenden SPD gingen, aus deren Arbeiter-Stammwählerschaft auch ein Großteil der Nichtwähler kamen) sowie auf die z.T. erhebliche Meinungsdivergenz zwischen den Kandidaten und den Anhängern *aller* Parteien, auf die wir hier jedoch nicht eingehen können.

Anmerkungen Teil III

- 1 Carl Amery, in München lebender Schriftsteller, der 1976 Vorsitzender des deutschen Schriftstellerverbandes war, ist Präsident der »Friedrich-Schumacher-Stiftung für politische Ökologie«, des grünen Forschungsinstituts.
- 2 Rudolf Bahro, der wegen seiner systemkritischen Analyse des realen Sozialismus »Die Alternative« nach seiner Haft in der DDR in den Westen geschoben wurde, hat sich dort sofort den grünen Parteibildungsbemühungen angeschlossen und zu diesem Zwecke drei »Sozialistische Konferenzen« mit den Resten der 'undogmatischen' und ehemals 'marxistisch-leninistischen' Linken organisiert. S. seine Beiträge im Reader zur 1. Sozialistischen Konferenz (1980).
- 3 »Es ist eine Menschheitserfahrung: Immer wenn für ein Zeitalter die Flammenschrift an der Wand erscheint, ereignet sich ein Aufbruch. Die Welt verändern aus einem Glauben.« »Wir werden dieser schlimmen Situation nicht entgehen, wenn wir nicht bereit sind, so wie Jesaja damals sein Volk aufgefordert hat, umzukehren, und zwar zuerst hier, in unseren reichsten, in unseren auf eine falsch gewordene Art reichsten Ländern der Welt.« So Bahro 1980a, S. 52, S. 110.
- 4 Die Lage beider deutscher Staaten an den Blockgrenzen stellt den historisch-objektiven Hintergrund für die besondere Stärke der deutschen Friedensbewegung dar und führt in Teilen der Friedensbewegung auch zu einem Wiederaufleben über die unbewältigte »deutsche Frage«. (S. Brandt/Ammon 1981 und Hoffmann-Axthelm/Knödler/Bunte 1982). Die »Raketenfrage« ist ein klassisches Beispiel für einen 'externen' Sachzwang für die etablierten Parteien, denen gegenüber eine entstehende Partei von der 'Rente' profitiert, diesen Sachzwängen zu entgehen.
- 5 Dies ist nach Offe (in: Tarozzi 1982, S. 158) das Charakteristikum von Konkurrenzparteien, die sich damit »an die gesamte Bevölkerung wenden können«. Im Gegensatz zu Offe, der das Charakteristikum der grünen Partei in ihrer Fähigkeit sieht, für alle sozialen Protestbewegungen eine gemeinsame Feind-Definition zu liefern (S. 151), sehen wir die Stärke der Grünen gerade darin, daß sie zum ersten Mal jenseits marginaler Gruppen mit den Volksparteien um deren Wählerpotential konkurrieren kann. Was die Untauglichkeit der Carl Schmitz'schen Unterscheidung von Freund/Feind für einen linken 'Begriff des Politischen' unter Bedingungen komplexer Industriegesellschaften angeht, verweisen wir auf Bolaffi 1981 und Bobbio 1982.
- 6 Zu recht spricht Offe (1982, S. 106) davon, daß der heutige politische Konflikt ein Spiel zwischen drei Spielern darstellt, von denen jeweils zwei eine Koalition eingehen müssen, um den dritten zu besiegen. Daraus entstehen drei Möglichkeiten: Eine progressive, die von der linken Partei mit den grünen Bewegungen gebildet wird, eine populistisch-reaktionäre zwischen grüner Bewegung und Konservativen und eine technokratisch-autoritäre, die im Sinne einer großen Koalition die Konservativen mit der Arbeiterpartei gegen die Grünen verbündet.
- 7 Selbstverständlich handelt es sich im folgenden um idealtypische Abstraktionen, die allenfalls für einzelne Theoretiker oder Vertreter 'rein' zutreffen. In der Realität der grünen Partei findet vielmehr eine Diffusion statt.

- 8 Allen sich auf einen 'Dritten Weg' berufenden Strömungen ist gemeinsam, daß sie
- »- der spätkapitalistischen Wirtschaftsordnung ablehnend gegenüberstehen;
 - ein Bündnis auch mit 'undogmatischen' linken Kräften anstreben;
 - der repräsentativen Demokratie und dem Pluralismus organisierter Interessen ein Konzept basisdemokratischer bzw. direkter Demokratie entgegensetzen;
 - eine Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik anstreben«.
- (Klotsch/Stöss 1983, Abschnitt B)
- 9 Vgl. Anm. 7 zu Teil II.
- 10 Der Konflikt zwischen SPD und Grünen wird von J. Fischer (1983, S. 44f.) folgendermaßen bestimmt: »Spätestens mit dem Bonner Regierungswechsel, aber eigentlich bereits mit dem Heraufziehen der berühmten 'Hamburger Verhältnisse', hat sich die politische Ausgangslage für grüne Politik grundlegend verändert. Welche sie sich bis dahin auf die fatalen Konsequenzen der sozialdemokratisch durchgesetzten Wachstums- und Rüstungspolitik verlassen, was den Grünen die Wähler wie von selbst zutrieb, so hat nunmehr die offene Schlacht um die Führung des Reformlagers in den 80er Jahren begonnen.«
- Vgl. dazu auch das Gespräch zwischen dem 'Radikalenreformisten' J. Fischer und dem 'Fundamentalisten' Horacek in: »Staatsanzeiger«, Okt.-Nov. 1982.
- 11 Vgl. M. Maren-Grisebach 1982, Kapitel 2; zur Kritik s. Kallscheuer 1983.
- 12 Vgl. TAZ vom 27.10.82, 10.11.82, 5.1.83, sowie verschiedene Beiträge in der Okt., Nov.- und Dez.-Ausgabe der Monatszeitschrift »Moderne Zeiten«, Jg. 1982.
- 13 In Analogie zu den oben skizzierten politischen Strömungen innerhalb der Grünen können wir zum Problem 'rot-grün' auch innerhalb der SPD eine Skala verschiedener Idealtypen unterscheiden. Es sind, in Stichpunkten, folgende:
- »*aggressive Industrialisten*« (s. Gransow 1982): Verteidigung der Industriegesellschaft, Ausgrenzung statt Integration der grün-alternativen Bewegungen (s. Löwenthal 1981), für Arbeitsteilung und 'wehhaften' Parlamentarismus, politisch: Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung oder große Koalition ('Kanalarbeiter', rechte Gewerkschaftsführungen);
 - *Die Regisseure des 'Münchener Kompromisses'*: Schmidt, Brandt, Vogel. Unter der Formel 'qualitatives Wachstum' des Münchner SPD-Parteitag 1981 verbergen sich zwei Positionen:
 - (a) Die des *'ökologischen Keynesianismus'*, vor allem von Johannes Rau und Wolfgang Roth vertreten, mit starken Integrationsangeboten an die Gewerkschaften, dessen politische Ziele sind: ein ökologisches Beschäftigungsprogramm + klassische flankierende *deficit-spending* Maßnahmen, allerdings mit stärkerer strukturpolitischer Intervention des Staates (Löwenthal 1982) und sozialstaatlicher Abfederung der sozialen Kosten des Strukturwandels. Ideologisch zusammengehalten durch den Rückgriff auf traditionelle Klassenkampfrhetorik (s. Mietenkampagne);
 - (b) *Ökologischer Reformismus* angesichts der Grenzen des Sozialstaates: Eppler, Strasser. Die Ziele bestehen in einer neuen Definition der Kriterien für Wachstum im »Frieden mit der Natur« (SPD-Wahlprogramm 1983), Reform des Sozialstaates unter selektivem Rückgriff auf 'kleine Netze'. Ethische Neudefinition der Kriterien für Machbarkeit und Sachzwänge. Implementation des Godesberger Programms mit protestantischer Gerechtigkeitsethik und katholischem Subsidiaritätsprinzip (Vogel). Sensibilität für Nord-Süd-Problematik, Integration der Impulse aus den neuen sozialen Bewegungen als Weg zur Reform der Partei (Brandt);
 - Die 'Doppelstrategie'-Option der *Jusos* funktioniert gegenüber der Etablierung der Grünen als parteipolitischer Alternative nicht mehr: Organisatorisch werden die Jusos zunehmend ausgezehrt. Es gibt allerdings Phänomene 'doppelter Militanz', von SPD-Mitgliedern in Institutionen von sozialen Bewegungen (BBU, Frauenbewegung, Friedenskomitees), die sich politisch bis heute eher auf die Grünen orientieren.
- 14 In allen Wahlstatistiken, Umfragen etc. - und also auch im folgenden Abschnitt - werden die Wähler der 'Grünen' und 'Alternativen' als eine Größe aufgeführt.
- 15 Zugewinne: in Berlin + 3,5%, in Niedersachsen + 2,6%, in Hamburg + 3,2%, in Hessen +

6,0%, in Bayern + 2,8%.

- 16 Wir stellen hier nur fest, daß eine nicht-integrationswillige Haltung der SPD - sei es in der Ablehnung jeder Gespräche durch Börner in Hessen, sei es in der gesprächs-, aber nicht konzessionsbereiten Haltung von Dohnany in Hamburg - offenkundig sowohl der SPD als auch den Grünen eine Ausschöpfung ihres jeweiligen Wählerpotentials eher ermöglicht hat als ein partielles Einschwenken der SPD auf 'grüne' Thematiken, etwa verkörpert durch 'Integrationisten' wie Mattiesen in Schleswig-Holstein und Eppler in Baden-Württemberg. Ob sich daraus eine 'Zangen'-Theorie entwickeln ließe, müssen wir abwarten. Vgl. auch die 'theoretische Rechtfertigung' der Börner'schen 'Härte' durch Löwenthal 1982.
- 17 Rönsch (1977) hat bei Baden-Württembergischen Landtags- und Kommunalwahlen eine »Whyler Wahl-Wanne«, nämlich ein um den projektierten Standort des AKW zentriertes kraterförmiges Absacken der Wahlergebnisse für die dort regierende CDU festgestellt. Entsprechende Beobachtungen ließen sich auch für die SPD in Hessen (Waldorf/Mörfelden als Ort der Startbahn West) oder die CDU in Niedersachsen (Gorleben) machen. Diese »Betroffenen«-Stimmen fallen jedoch nur in einer regional oder national erfolgreichen grünen Wählerschaft politisch ins Gewicht; d.h. daß die grüne Partei nicht mit der Logik konkreter BIs (oder lokaler 'Wahlgemeinschaften') zusammenfällt. S. dazu III. Abschnitt (c).
- 18 Zum Verhältnis von »Protestwählern« in Landtagswahlen gegen die in Bonn regierenden Parteien s. ausführlich Hoffmann u.a. 1983, S.45-50. Für den klassischen Fall einer Protestpartei der neofaschistischen Rechten, die mit einer Polarisierung des Parteiensystems wieder von der Bildfläche verschwindet, verweisen wir auf das Schicksal der NPD in den 60er Jahren.
- 19 Wenn wir dabei in folgenden die verschiedenen »Wertwandel«-Thesen, die den jeweiligen empirischen Auswertungen zugrundeliegen, ansprechen, *ohne* sie theoretisch zu diskutieren, so nicht deshalb, weil wir sie für zutreffend halten, sondern weil uns eine Auseinandersetzung hier zu weit führen würde und es uns nur auf einige gleichwohl kaum bestreitbare grobe Trends in der Wählerorientierung ankommt. Ausführlicher siehe die Diskussion über die Thesen von Murphy u.a. in den Jahrgängen 1981 und 1982 der »Politischen Vierteljahresschrift« zur Frage der Richtungsbegriffe 'rechts'-'links'. S. auch Brand 1982, S. 170ff. Dort jeweils auch weitere Literaturhinweise.
- 20 und 21 entfallen.
- 22 s. Schmollinger / Stöss 1980, S.32ff.
- 23 Diese Diagnose des 'Trends zur Mitte' geht bereits auf die klassische, von Kirchheimer aufgestellte These der Entwicklung der »Massenparteien« zu »catch-all-parties« zurück, die in hohem Maße die 'linke Politologie' beeinflusst hat. Ohne auf ihre theoretische Stichhaltigkeit eingehen zu wollen, stellen wir hier nur fest: (a) daß eine zunehmende Wirtschaftskrise auch zu einer stärkeren sozio-ökonomischen wie ideologischen Repolarisierung der Wählerschaft führen könnte - auf beiden Seiten des politischen Spektrums; (b) daß entgegen der in der »catch-all«-These impliziten Annahme, daß die 'Wechselwähler' vorrangig in der stabilitätsorientierten 'goldenen Mitte' zwischen den Extremen zu suchen sind, heute die 'Wechselwähler' gegenüber den traditionellen Stammwählerschaften eher Träger politischer Innovationen sind. Der Sieg von Mitterand, der von Thatcher und die Entstehung der grünen Partei sind Beispiele dafür.
- 24 In einer Umfrage der Mannheimer »Forschungsgruppe Wahlen« in Niedersachsen vor der Landtagswahl 1982 wünschten sich die Grünen im Landtag:
 - 74 % der Befragten im Alter von 18-24 J.,
 - 48 % der Befragten im Alter von 25-29 J.,
 - 43 % der Befragten im Alter von 30-39 J.,
 - 32 % der Befragten im Alter von 40-40 J.,
 - 29 % der Befragten im Alter von 50-59 J.,
 - 17 % der Befragten im Alter von 60 Jahren und älter.Von 100 Deutschen mit Abitur wählen (nach EMNID-Umfrage März 1982) 16 die Grünen (SPD: 32, CDU/CSU: 37, FDP: 12). Nach der gleichen Umfrage bekunden 67 % der Grün-Wähler star-

- kes politisches Interesse (gegen Durchschnitt der Wähler aller Parteien: 28 %). Angaben nach Harenberg, S.37f.
- 25 Über die Tendenz zur *gesellschaftlichen* Knappheit nicht-materieller (sog. 'positionaler') Güter bei wachsendem gesellschaftlichen Reichtum vgl. Hirsch 1980. Dies heißt natürlich keineswegs, daß die neuen Knappheiten vordringlich zu 'asketischen', 'moralischen' oder 'demokratischen' Bedürfnissen führen müssen.
 - 26 Maßgeblich für die Einteilung ist der Beruf des Haushaltsvorstandes (pater familias).
 - 27 Ihren Durchbruch in den neuen Mittelschichten verdankte die SPD bei den Wahlen von 1972 nicht zufällig solchen 'nicht-materialistischen' Slogans wie: 'Mehr Demokratie wagen!' oder 'Blauer Himmel über der Ruhr'.
 - 28 Ein klassisches Beispiel für diese politische Spannung zwischen dem Willen der Wählerschaft und den Tendenzen in den Führungsgremien der Grünen ist der jüngste Konflikt zwischen der Mehrheit der hessischen Landesmitgliederversammlung, die das *Placet* zum ersten Kompromiß zwischen grüner Landtagsfraktion und SPD gegeben hatte, und den 'fundamentalistischen' Führern der Frankfurter Grünen um die gesamte Einstellung der Grünen zum politischen Kompromiß. In diesem unterschiedlichen Verhältnis zur SPD spiegeln sich auch unterschiedliche Politisierungs-geschichten der Mitgliedergenerationen: die Propheten und Gesinnungsethiker der ersten Stunde und die später Hinzugekommenen, die mit der politischen Macht der Partei pragmatischer und 'utilitaristischer' umgehen. Der Witz dabei ist, daß ausgerechnet die Vertreter der reinen Lehre der 'Bewegungspartei' in dem Moment die 'Basisdemokratie' abschaffen wollen, wo sich Wählerorientierungen in veränderten Stimmverhältnissen in der Partei widerspiegeln. Vgl. dazu FR, 1.2.1983, TAZ, 1.2.1983 und den Kommentar von 'broka', TAZ, 2.2.1983.
 - 29 Vgl. dazu auch die anregenden Bemerkungen von Raschke 1983, wenn uns auch seine These vom definitiven Ende der Volksparteien ein wenig verfrüht erscheint.

Literatur:

- Alberoni, Francesco 1977: *Movimento e istituzione*, Bologna (il mulino)
- Amery, Carl 1980: *Die philosophischen Grundlagen und Konsequenzen der Alternativbewegung*, in: Lüdke/Dinné (Hrsg.) 1980
- Ardigò, Achille 1980: *Crisi, governabilità e mondi vitali*, Bologna (Capelli)
- Asor-Rosa, Alberto 1977: *Le due società. Ipotesi sulla crisi italiana*, Torino (Einaudi)
- Bahro, Rudolf 1980: *Sozialistische Alternative und Ökologie*, in: Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz (2.-4. Mai 1980)
- 1980a: *Elemente einer neuen Politik*, Berlin
- Barbi, Mario 1982: *I colori del mosaico - movimento di opposizione nella R. F. T.* in: Quaderni Piacentini N.6
- Benedict, Hans-Jürgen 1977: *Bürger, Linke und Gewalt*, in: Kursbuch N.48
- Berger, Peter L. 1977: *Pyramids of sacrifice. Political Ethics and social change*, Harmondsworth (Penguin)
- Berger, Peter L. 1980: *Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Berger, Johannes/Kostede, Norbert 1983: *Fundamentalopposition und Reformpolitik*, in: W. Kraushaar (Hrsg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, Frankfurt/M.
- Bobbio, Norberto 1981: *La regola die maggioranza: limiti e aporie*, in: AA.VV. *Democrazia, maggioranze e minor*, Bologna (il mulino)
- 1982: *Perchè torna die moda il contrattualismo*, in: *Mondo Operaio*, N.11/82
- Bolaffi, Angelo 1982: *Il dibattito sulla costituzione e il problema della sovranità, Saggio su O. Kirchheimer*, in: O. Kirchheimer, *Costituzione senza sovrano. Saggi*, a cura di A. Bolaffi, Bari (De Donato)

- Bolaffi, A./Marramao, Giacomo, 1982: *Die deutsche Sozialdemokratie heute - oder die Paradoxa einer Geschäftsführung der Arbeiterklasse*, in: Prokla N.47
- Brand, Karl-Werner 1982: *Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale*, Opladen
- Brandt, Peter/Ammon, Herbert (Hrsg.) 1981: *Die Linke und die nationale Frage*, Reinbek
- Brandt, P./Ascheberg, Rolf: *Für eine neue Mehrheit. Überlegungen zur Zusammenarbeit von SPD und Grünen*, in: TAZ, 1.10.1982
- Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main, (Hrsg.) 1982: *Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln. Erfahrungen aus der Bewegung gegen die Startbahn West*, Offenbach
- Bürklin, Wilhelm P. 1981: *Die Grünen und die neue Politik*, in: Politische Vierteljahresschrift, N.4/81
- Callenbach, Ernest 1978: *Öktopia*, Berlin
- Claussen, Hans Georg/Kallscheuer, O./Tornow, Georgia 1982: *Berlin grüßt den Rest der Welt*, in: Links, Febr. 82
- Collotti, Enzo 1982: *I »verdi«*, in: E. Collotti/Luisa Castelli (Hrsg.), *La Germania socialdemocratica*, Bari (De Donato)
- Elster, John 1979: *Risk, uncertainty and nuclear power* in: Social Science Information Bd. 18
- Feist, Ursula/Liepelt, Klaus 1983: *Eine neue Scheidelinie. Nicht-materielle Leitbilder und ihre Dynamik für das Parteiensystem in der BRD*, in: Journal für Sozialforschung, N.1/83
- Fetscher, Iring 1982: *Ökologie und Demokratie. Ein Problem der politischen Kultur*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3.7.1982
- 1983: *Notwendigkeit und Grenzen der parlamentarischen Demokratie*, in: W. Kraushaar (Hrsg.) *Was sollen die Grünen im Parlament?* Frankfurt/M.
- Fischer, Joschka 1983: *Für einen grünen Radikalreformismus*, in: Kraushaar (Hrsg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, Frankfurt/M.
- Flechtheim, Ossip K. 1982: *Funktioniert die Logik des kleineren Übels noch?* in: Kelly, P. / Leinen, J. (Hrsg.)
- Frankenberg, Günter / Rödel, Ulrich 1981: *Von der Volkssouveränität zum Minderheitenschutz*, Frankfurt/M.
- Gransow, Volker 1982: *Risse im Zement. Bemerkungen zur SPD-Kultur*, in: Zeuner, B. (Hrsg.), *Genossen was nun?*, Hamburg
- Guggenberger, Bernd 1982: *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Die notwendigen Tugenden der Politik*, in: FAZ 30.10.82
- Habermas, Jürgen 1981: *Theorie des Kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt/M.
- Harenberg, Werner 1982: *Ein sicherer Platz links von der SPD?*, in: Mettke (Hrsg.)
- Hasenclever, Wolf-Dieter 1982: *Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg*, in: Mettke (Hrsg.)
- Hirsch, Fred 1980: *Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, Reinbek
- Hoffmann-Axthelm, Dieter / Kallscheuer, O. / Knödler-Bunte, Eberhard / Wartmann, Brigitte (Hrsg.) 1978: *Zwei Kulturen?* Berlin
- Hoffmann-Axthelm, D. / Knödler-Bunte, E. (Hrsg.) 1982: *Wie souverän ist die Bundesrepublik?* Berlin
- Hoffmann, Hans-Jürgen / Krautwig, Jürgen / Krieger, Hubert 1983: *Landtagswahl im Wendepunkt? Eine Analyse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Herbst 1982*, in: Journal für Sozialforschung, Nr. 1/83
- Hoplitschek, Ernst 1982: *Partei, Avantgarde, Heimat oder was? Die »Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz« in Westberlin*, in: Mettke (Hrsg.)
- 1983: *Kontrolle ist schlecht. Über die alternative Angst vor der Mündigkeit des Einzelnen*, in: Freibeuter, Nr. 15
- Horacek, Milan 1982: *Zwischen uns und den Etablierten liegen Welten*, in: Mettke (Hrsg.)
- Huber, Josef 1979: *Astral-Marx. Über Anthroposophie, einen gewissen Marxismus und andere Alternativen*, in: Kursbuch, Nr. 55

- 1980: *Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung*, Berlin
- 1983: *Basisdemokratie und Parlamentarismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15.1.1983
- Ingrao, Pietro 1982: *Tradizione e progetto*, Bari (De Donato)
- Kallscheuer, Otto 1983: *Gemeinschaft oder Gesellschaft? Anmerkungen zu einer Philosophie der Grünen*, in: *Freibeuter* Nr. 15
- Kelly, Petra Karin / Leinen, Jo (Hrsg.) 1982: *Prinzip Leben. Ökopax - die neue Kraft*, Berlin
- Kitschelt, Herbert 1979: *Kernenergie und politischer Konflikt*, in: *Leviathan*, Nr. 4/79
- 1980a: *Kernenergiepolitik - Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*, Frankfurt/New York
- 1980b: *Parlamentarismus und ökologische Opposition*, in: Roth (Hrsg.)
- Klotsch, Lilian / Stöss, Richard 1983: *Die Grünen*, erscheint in: R. Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980*, Opladen
- Kretschmann, Winfried 1982: *Plädoyer für einen grünen Reformismus*, in: *FR* 23.10.82
- Krum, Gerhard 1982: *Mit dem Latein am Ende? Bürgerinitiativen in der Sackgasse*, in: Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung
- Leinen, Jo 1982: *Von der Bürgerinitiative zur Partei?*, in: Kelly/Leinen (Hrsg.)
- Löwenthal, Richard 1981: *Identität und Zukunft der Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Gesellschaft*, Nr. 12/81
- 1982: *Die Zukunft der Sozialdemokratie. Suche nach einer Mehrheit*, in: *Die Zeit*, 26.11.1982
- Lüdke, Hans-Werner / Dinné, Olaf (Hrsg.) 1980: *Die Grünen. Personen Projekte Programme*, Stuttgart-Degerloch
- Maren-Grisebach, Manon 1982: *Philosophie der Grünen*, München-Wien
- Martin, Jürgen-Heinrich 1982: *Bürgerinitiative und »Bewegung«*, in: Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung
- Melucci, Alberto 1977: *Sistema politico, partiti e movimenti sociali*, Milano (Feltrinelli)
- 1982: *L'invenzione del presente. Movimenti, identità, bisogni collettivi*, Bologna (il mulino)
- Meitke, Jörg R. (Hrsg.) 1982: *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?* Reinbek
- Mez, Lutz / Wolter, Ulf (Hrsg.) 1980: *Die Qual der Wahl*, Berlin
- Mez, L. / Wolter, U. 1980: *Wer sind die Grünen?*, in: Mez/Wolter (Hrsg.) 1980
- Murphy, Detlef / Nullmeier, Frank / Raschke, Joachim / Rubart, Frauke / Saretzki, Thomas 1981: *Haben 'links' und 'rechts' noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 4/81
- Offe, Claus 1980: *Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität*, in: Roth (Hrsg.)
- 1982: *Ingovernabilità e mutamento delle democrazie*, Bologna (il mulino)
- 1982a: *Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheidung?*, in: *Journal für Sozialforschung*, Nr. 3/82
- Pasquino, Gianfranco 1980: *I soggetti del pluralismo. Classi partiti sindacati*, Bologna (il mulino)
- Przeworski, Adam 1980: *Social democracy as a historical Phenomenon*, in: *New left review*, Nr. 122
- Rammstedt, Ottheim 1978: *Soziale Bewegung*, Frankfurt/M.
- Raschke, Joachim 1983: *Jenseits der Volkspartei*, in: *Das Argument*, Nr. 137
- Rönsch, Horst-Dieter 1977: *Reaktionen auf staatliches Handeln am Beispiel des Wahlverhaltens*, in: O. Rammstedt (Hrsg.), *Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen*, Villingen
- 1980: *Die Wählerbasis der Grünen - Sozialstruktur und Einstellungen*, in: Mez/Wolter
- Roth, Roland (Hrsg.) 1980: *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/New York
- Rucht, Dieter 1980: *Von Why! nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München
- 1981: *Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären Kultur*, in: *Journal für Sozialforschung*, Nr. 4/81
- 1982: *Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen*, Manuskript (Kongreß der DVPW, Berlin Oktober 1982)
- Schmid, Thomas 1983: *Über die Schwierigkeiten der Grünen*, in: *Gesellschaft zu leben und zu denken*, in:

- Freibeuter, Nr. 15
- Sternstein, Wolfgang 1978: *Brauchen wir eine grüne Partei?* in: Kritik, Nr. 16
- Stöss, Richard 1978: *Väter und Enkel. Alter und neuer Nationalismus in der Bundesrepublik*, in: Ästhetik und Kommunikation Nr. 32
- 1979: *Konservative Aspekte der Ökologie- bzw. Alternativbewegung*, in: Ästhetik und Kommunikation, Nr. 36
- 1980: *Vom Nationalismus zum Umweltschutz? Die »Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher« im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen
- Tarozzi, Alberto 1982: *Iniziativa nel sociale - Utopie progettuali e nuovi movimenti sui problemi della casa e del nucleare nelle R.F.T. (con un'intervista a Claus Offe)*, Milano (Franco Angeli)
- Tarrow, Sidney 1982: *Social movements, resource mobilization and reform during cycles of protest. A bibliographic and critical essay*. Western societies programm. Occasional Papers Nr. 15, Cornell University
- Tornow, Georgia 1982: *Berlino - tra movimento e potere* (Vortrag zur Konferenz der ARCI »Poteri e controlli nell'Italia che cambia«, erscheint demnächst)
- Touraine, Alain 1978: *La voix et le regard*, Paris (Seuil)
- 1982: *Analisi critica dei movimenti sociali*, in: il mulino, Nr. 6/82
- Vobruba, Georg 1979: *Keynesianismus als politisches Prinzip. Zur Theorie eines instrumentellen Gesellschaftsbildes*, in: Leviathan, Nr. 4/79
- Willers, Peter 1982: *Den Tiefschlaf der Altparteien stören*, in: Metrike (Hrsg.)
- Zeuner, Bodo 1982: *Die AL sollte mehr Partei werden...*, in: H. Schmollinger / B. Zeuner (Hrsg.), *Parlamentarisierung der Alternativen Liste? Ergebnisse des Projektkurses »Alternativbewegung und Parlamentarismus« am FB Politische Wissenschaft der FU Berlin*, vervielfältigtes Manuskript.